

DUHwelt

magazin

Deutsche Umwelthilfe e.V. und Global Nature Fund

www.duh.de, www.globalnature.org

2|2022



Tempo 30 selber machen

Teller vor
Trog und Tank

Das Recht auf
Reparatur kommt

Fossile Falle für
den Klimaschutz



DAS SIND DEINE CO₂- KOMPENSATIONS-BÄUME*

* Im Durchschnitt kann ein Baum pro Jahr rund 10 Kilogramm CO₂ binden. Die globalen CO₂-Emissionen betragen rund 35 Milliarden Tonnen jährlich. Um diese zu binden, bräuchte es 3500 Milliarden Durchschnittsbäume. Geschätzt stehen auf der Welt 3000 Milliarden Bäume – derzeit werden es jährlich rund 15 Milliarden weniger.

In Brasilien wurde 2021 erstmals wieder so viel Wald zerstört wie im Rekordjahr 2004. Die Abholzungsrate im brasilianischen Regenwaldgebiet ist laut Umweltschutzorganisation Allrise um 88 Prozent gestiegen, seit dort Präsident Jair Bolsonaro im Amt ist.

Bis zum Jahr 2030 sollen in der EU 3 Milliarden Bäume gepflanzt werden. Zu ihrem Schutz und zum Schutz des Klimas braucht es nachhaltige Waldbewirtschaftung.

6 AUSGABEN
25 EURO

Klimafakten in Perspektive gesetzt.

BIORAMA

MAGAZIN FÜR NACHHALTIGEN LEBENSSTIL



Prof. Dr. Harald Kächele,
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ampelkoalition ist angetreten, die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende entscheidend voranzubringen, nicht zuletzt, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Unter dem Einfluss des verheerenden Krieges entfernt sich die Politik aber immer weiter von ihrer ursprünglichen Agenda. Es ist die Stunde mächtiger Industrielobbyisten. Die EU-Beschlüsse zur Reduktion von Pestiziden und Überdüngung konnte die Agrarlobby bereits ausbremsen – mit Zustimmung der Bundesregierung. Um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und globale Lebensmittelpreiskrisen abzumildern, brauchen wir aber eine Landwirtschaft, die den Boden fruchtbar erhält und das Klima schont. Auch die Ernten dürfen nicht mehr in den Mengen in Trog und Tank landen.

Ebenso wie wir uns für die weltweite Ernährungssicherheit einsetzen, unterstützen wir ganz klar das Ziel der Energiesicherheit und Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern! Deutschland darf nicht erpressbar sein. Statt für eine kurzfristige Überbrückung russischer Gaslieferungen ein bis zwei LNG-Terminals zu planen, sollen jetzt bis zu zwölf gebaut werden mit einer Laufzeit bis 2043. Schon allein deren CO₂-Emissionen würden das gesamte Restbudget Deutschlands für die Klimaneutralität bis 2045 aufzehren. Statt in diesem Maße die Interessen der Gasindustrie zu bedienen, brauchen wir kurzfristig Energieeinsparungen, mittelfristig den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Unter dem Einfluss der Automobillobby will auch Bundesverkehrsminister Wissing nicht „runter vom Gas“. Ein generelles Tempolimit ist kostenloser Klimaschutz und allein Tempo 30 in Innenstädten sorgt für sauberere Luft, weniger Lärm und Unfälle, kurz gesagt: lebenswertere Städte. Mit einem Rechtsgutachten und der Kampagne „Für immer unter 30“ eröffnet die DUH den Kommunen – und auch Ihnen – Gestaltungsspielräume, Tempo 30 „selber zu machen“.

Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Frieden bedingen einander.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir nachhaltige Ansätze weiter voranbringen, die auch neue fossile Investitionen unnötig machen.

Ihr

Harald Kächele



14

Fotos: imago/Florian Gaertner/photothek (l.), Montage DUH; Mose Schneider/stock.adobe.com (großes Bild)

Editorial

3 Auf ein Wort

Aktuell

6 NGOs fordern Stopp der Ölförderung im Wattenmeer

6 Impressum

7 Jürgen Resch erhält Umweltpreis

7 DUH-Dienstwagen-Check offenbart Klimasünden

7 Antarktis in Not

Titel

8 Teller vor Trog und Tank Die industrielle Landwirtschaft schadet der Biodiversität und dem Klima. Mit ihren Forderungen setzt die DUH Impulse für eine Agrarwende.

In Zahlen

12 Parken – öffentlicher Abstellraum

Schwerpunkt

14 Tempo 30 selber machen Wir laden Sie zum Mitmachen ein!

Themen

16 Digitalisierung als ein Schlüssel zu nachhaltiger Mobilität

17 Städte zukunftsfähig machen In der Stadtplanung und –entwicklung liegen Potenziale für den Klimaschutz.

18 Völlig überdimensionierte fossile Falle An der Küste ist der Bau mehrerer LNG-Terminals geplant.

20 Im Heizungskeller von Klimaforscher Stefan Rahmstorf Rahmstorf teilt seine Geschichte vom Einbau einer Wärmepumpe.

22 Neue Regeln für Windkraft auf See

23 Im Stromhäuschen wohnt ein Klimaschädling Im Stromnetz wird das Treibhausgas SF6 verwendet.



8



32



34

Fotos: Mose Schneider/stock.adobe.com (großes Bild); Bernhard Volmer (r.o.); Leo/fokus-natur.de (r.u.)

24 **Das Recht auf Reparatur kommt**

25 **Versprechen muss man halten**
Die DUH geht gegen undurchsichtige Werbesprüche vor.

26 **Dreist eingetütet**
Trotz Verbot sind Plastiktüten mit Einweg-Charakter weiter erhältlich.

27 **Schmales Zeitfenster für die Bauwende**

28 **Fläche für den Jaguar statt billigen Konsum**

29 **Kegelrobben-Schutz: Dialog wo möglich, Konfrontation wo nötig**

30 **Lebensmittelbranche erkennt die Zeichen der Zeit**

32 **Flacher See mit großer Vielfalt**
Der Dümmer ist der „Lebendige See des Jahres“.

34 **Feucht und wild in die Zukunft**
Von intakten Flusslandschaften profitieren alle.

DUH Intern

37 **„Du musst die Leute mitnehmen“**
Personalchefin Ulrike Voß wirkt in der Geschäftsführung mit.

Unbekannte Tierart

38 **Gut geölt in unseren Gärten**
Die Auen-Schenkelbiene ist eng mit dem Gilbweiderich verbunden.



Titel:

Der Entertainer, Schauspieler und Flaneur Friedrich Liechtenstein unterstützt die DUH-Mitmach-Aktion für Tempo 30 innerorts.
Foto: Eileen Abert/DUH

NGOs fordern Stopp der Ölförderung im Wattenmeer



Bei der Protestaktion vor der Mittelplate sprachen Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner (li) und der Leiter Energie und Klimaschutz Constantin Zerger (re) für die DUH.

Die Deutsche Umwelthilfe, die Schutzstation Wattenmeer und der WWF fordern den Öl- und Gaskonzern Wintershall Dea auf, die Pläne für neue Bohrungen nach Erdöl im Nationalpark Wattenmeer sofort zu stoppen. Zusätzlich müsse die bestehende Ölförderung bis 2030 beendet werden. Diese Forderung richteten die Organisationen auch an die

neue Landesregierung Schleswig-Holsteins. In Sichtweite zur Mittelplate haben die Umweltschützer Anfang Mai gegen die Pläne von Wintershall Dea demonstriert.

Das Watt ist für Hunderttausende Vögel ein wichtiges Nahrungsrevier, ökologisch besonders wertvoll sind auch die Salzwiesen. Die Fortsetzung der Förderung auf der Mittelplate im sensiblen Weltnaturerbe-

Gebiet Wattenmeer gefährdet den Erhalt der biologischen Vielfalt und widerspricht den Klimazielen. Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner sagt: „Neue Ölbohrungen mitten im Weltnaturerbe-Gebiet - das klingt wie eine Nachricht aus dem letzten Jahrtausend. Deutschland braucht dieses Öl nicht, für Klimaschutz und Natur sind die Bohrungen eine massive Bedrohung. Winters-

hall Dea muss im Hier und Jetzt ankommen und die Pläne sofort stoppen.“ Die Mittelplate leistet mit lediglich einem Prozent des deutschen Ölverbrauchs keinen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Die neuen Bohrungen könnten bestenfalls zu einer Verdopplung dieser Mengen führen. Durch Energieeinsparmaßnahmen wäre dies viel einfacher substituierbar. (jk)

IMPRESSUM

Zeitschrift für Mitglieder und Förderer der Deutschen Umwelthilfe e.V. und des Global Nature Fund

■ **Herausgeber:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, Tel.: 07732 9995-0, Fax: -77, info@duh.de, www.duh.de ■ **V.i.S.d.P.:** Jürgen Resch
 ■ **Redaktion:** Jutta Kochendörfer (jk), Andrea Kuper (ak) ■ **Autorinnen und Autoren:** Philipp Barthel (pb), Reinhild Benning, Peer Cyriacks, Viktor Konitzer (vk), Robin Kulpa, Christine Lind (cli), Christine Lützkendorf (clü), Viktor Miruchna (vm), Christian Müller (cm), Hanna Rhein, Sofia Pereira Robledo (spr), Julia Pulcher (jp), Dorothee Saar (ds), Charlotte Schifer (cs), Sabrina Schulz (sas), Rupert Wronski (rw), Constantin Zerger (cz) ■ **Gestaltung:** Claudia Kunitzsch

In DUHwelt-Artikeln verwenden wir in Bezug auf Personen oder ihre Funktionen nicht immer das grammatische Femininum und Maskulinum (z.B. Naturschützerinnen und Naturschützer) nebeneinander. Dort, wo aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Form gewählt wurde, sind aber dennoch alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gemeint.

■ **Druck:** Johnen Druck GmbH & Co. KG, Bernkastel-Kues ■ **Anzeigen:** Jutta Kochendörfer; es gilt die Anzeigenpreisliste 2022 ■ **Verlag und Vertrieb:** DUH Umweltschutz-Service GmbH, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell ■ **Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier** ■ **Heftpreis:** 2,00 Euro

■ **Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE4537020500008190002 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX

Deutsche Umwelthilfe und Global Nature Fund werden von zahlreichen Förderern finanziell unterstützt. Die Artikel der DUHwelt geben nicht in jedem Fall die Meinung der Förderer wieder.

AUSGEZEICHNET

Jürgen Resch erhält Umweltpreis

Für seinen jahrzehntelangen Einsatz für Saubere Luft und Klimaschutz ist DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch im Mai ausgezeichnet worden. Vergeben wird der international hoch angesehene Haagen-Smit Clean Air Award von dem California Air Resources Board (CARB), jener kalifornischen Behörde, die 2015 den VW-Abgasskandal in den USA ans Tageslicht brachte.

Bei der Preisverleihung sagte die Leiterin der Forschungsabteilung des CARB, Elizabeth Scheehle: „Wir beglückwünschen Jürgen Resch für die zahlreichen Erfolge seiner Arbeit, einschließlich seiner unermüdlichen Bemühungen, Allianzen zwischen NGOs, der Wissenschaft und Vertretern der Industrie zu schmieden. Nicht zuletzt gratulieren wir ihm für seine Arbeit bei der

Aufdeckung des Dieselskandals.“ Resch sieht den auch als „Nobelpreis für Luftreinhaltung“ bezeichneten Preis als Ansporn und Verpflichtung, Saubere Luft endlich für alle Menschen in Deutschland durchzusetzen und betont: „Hierzu müssen die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid und

Feinstaub drastisch verschärft werden. Genau das fordert auch die Weltgesundheitsorganisation.“ Mit seinem Team will er weiterhin für die Stilllegung oder Hardwarenachrüstung der Betrugsdiesel-Pkw eintreten und das Engagement gegen hohe Feinstaubemissionen aus der Holzfeuerung fortsetzen. (jk)



Jürgen Resch (2.vr) mit weiteren Preisträgern 2022.

ROTE KARTEN FÜR POLITIKER

Dienstwagen-Check offenbart Klimasünden

Im Dienstwagen-Check, den die DUH im Mai veröffentlichte, erhalten sieben von neun Bundesministerinnen und -ministern eine Rote Karte.

Insgesamt 205 von 247 Dienstwagen von Politikerinnen und Politikern auf Bundes- und Landesebene überschreiten den EU-Flottengrenzwert für CO₂ von 95 g/km auf der Straße um 20 Prozent oder mehr. Die Berliner Umweltsenatorin ist Spitzenreiterin im Gesamtranking; Schlusslichter sind Volker Bouffier, Boris Pistorius und Herbert Reul.

Der durchschnittliche reale CO₂-Ausstoß aller Dienstwagen



Barbara Metz kritisiert: „Die selbsternannte Klima-Regierung versagt im Dienstwagen-Check.“

liegt bei 219 g/km – mehr als das Doppelte des Grenzwerts, gegenüber dem Vorjahr ist das nur eine leichte Verbesserung um rund 20 g CO₂/km. Sie geht auf einzelne Lichtblicke zurück:

Das Auswärtige Amt erzielt als erstes Bundesministerium eine Grüne Karte; Landwirtschaftsminister Özdemir und Umweltministerin Lemke fahren in reinen E-Autos; Staatssekretärin Jennifer Morgan und die Staatssekretäre Sven Giegold und Udo Philipp verzichten ganz auf persönliche Dienstwagen.

Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz sagt: „Viele Regierungsmitglieder setzen auf Plug-In-Hybride, obwohl bekannt ist, dass diese nur auf dem Papier sparsam sind, im realen Betrieb jedoch besonders klimaschädlich.“ (jk)

ZU WARM

Antarktis in Not

Anfang Juni endete in Berlin die internationale Antarktis-Konferenz und das Treffen der G7-Umwelt-, Klima- und Energieminister, ohne dass sich die mehr als 50 teilnehmenden Länder auf die dringend erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der antarktischen Meeresgebiete und ihrer Tierwelt einigen konnten. „Das steht in krassm Widerspruch zur Realität der Klimakrise“, kritisierte Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Mit einer Kundgebung am Brandenburger Tor hatte die DUH gemeinsam mit der Antarctic and Southern Ocean Coalition (ASOC) und weiteren Partnern anlässlich der Konferenz auf die wachsenden Bedrohungen für das einzigartige Ökosystem aufmerksam gemacht.

Um das weitere Abschmelzen des Eisschildes zu verhindern und die Bedrohungen für die Natur und das weltweite Klima zurückzufahren, forderte Müller-Kraenner von den G7-Umweltministern und den Unterzeichnern des Antarktisvertrages, den Verbrauch fossiler Brennstoffe massiv einzuschränken und umfassende Meeresschutzgebiete zu errichten. Er appellierte an die Regierenden, sich beim nächsten Treffen noch in diesem Jahr auf einen beschleunigten Schutz der Antarktis zu einigen. (ak)

Link zur Petition: www.duh.de/projekte/antarktis-retten/



Teller vor Trog und Tank

Der russische Krieg gegen die Ukraine wirkt sich auf die Agrarpolitik und -märkte der Welt aus. In Europa und hierzulande nutzt die Lobby der industriellen Landwirtschaft den Krieg als Vorwand für Profit auf Kosten der Umwelt: Sie wehrt sich gegen Vorgaben für mehr Umweltschutz – leider teils mit Erfolg.

■ von Reinhild Benning

Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zu blockierten Häfen und Transportwegen, zu Sanktionen gegen russische Ausfuhren und löste eine Kette von Reaktionen aus, die wiederum zu einem Anstieg der globalen Getreidepreise beitrugen.

Die Hauptursachen für den zunehmenden Hunger weltweit sind hingegen vielfältiger: bewaffnete Konflikte, Vertreibung und ungerechte Verteilung von Land und Einkommen. Agrarexporte auch aus der EU, oft durch Subventionen künstlich vergünstigt, verdrängen seit Jahrzehnten in vielen Ländern Kleinbauern von lokalen Märkten und somit die regionale Selbstversorgung. Teils unter dem Druck der Industriestaaten riskierten es Regierungen im globalen Süden, die Landwirtschaft im eigenen Land zu vernachlässigen oder auf neokoloniale Exporte zu trimmen statt auf Grundnahrungsmittel für eine stabile Ernährungssouveränität. Auch der Klimawandel treibt immer mehr Menschen in Armut und Flucht. Als Deutsche Umwelthilfe kämpfen wir angesichts der global steigenden Zahl von Unterernährten noch entschiedener gegen die Ursachen und setzen uns für gesunde, bezahlbare Lebensmittel für alle Menschen und ein Ende jeglicher Verschwendung ein!

Über 600 Wissenschaftler fordern jetzt erst recht eine weitreichende Ernährungs- und Agrarwende

Direkt nach Kriegsbeginn lamentierten Lobbyisten der EU-Agrarindustrie im Konzert mit rückwärtsgewandten Politikern, dass eine globale Getreideknappheit bevorstünde und Flächen, die für Arten- und Klimaschutz genutzt würden, jetzt im Namen der ‚Ernährungssicherung‘ wieder intensiv mit Dünger und Pestiziden bewirtschaftet werden müssten. Insbesondere gegen den Ökolandbau und die ohnehin ertragsschwachen Brache­flächen wurde mobilisiert. Der Ukraine-Krieg diente dabei als Vorwand, um die EU-Strategie „Vom Hof zum Teller“ (englisch: Farm to Fork) zum Wackeln zu bringen. Diese sieht einen Wandel des Agrar- und Ernährungssystems vor, unter anderem mit einer Halbierung des Pestizidverbrauchs und weniger Überdüngung bis 2030 und stellt damit profitträchtige, aber gemeinwohlschädliche Geschäftsfelder der Agrarindustrie in Frage.

Weit über 600 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordern eine Stärkung dieser EU-Strategie – jetzt erst recht: Der aktuelle Preisanstieg basiert ihnen zufolge nicht auf einer Angebotsknappheit, sondern auf einem nicht nachhaltigen Ernährungs- und Agrarsystem mit viel zu hohem Fleischverbrauch und Verschwendungsanteil. Die bisherige Menge an Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine und Russland für Europa könne kompensiert werden, wenn wir in der EU ein Drittel weniger Getreide in den Trog der Massentierhaltung

kippen würden. Sie fordern zudem eine Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030.

Die UN-Welternährungsorganisation FAO weist darauf hin, dass vielerorts schon vor dem Krieg die Produktionskosten gestiegen seien und globale Lagerbestände an Getreide im Verhältnis zum Verbrauch eher niedriger lagen. Marktliberale Regeln erlauben es, auf steigende Preise für Nahrungsmittel auch noch Spekulationswetten abzuschließen. Auch dies treibt die Getreidepreise in die Höhe.

Laut den Studien reichen die globalen Erntemengen aber aus, um alle Menschen und sogar eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Doch immer gilt: Je mehr Getreide in der Massentierhaltung und im Tank landet, desto weniger ist verfügbar für die Hungernden. Denn deren Einkommen reicht so gut wie nie an die Kaufkraft von Autofahrenden und Fleischessenden heran.



»Ernährungssicherung bei gleichzeitiger Schonung von Klima und Natur sind zwei Seiten derselben Medaille.«

Reinhild Benning

Billige Massenproduktion schadet der Natur

Die EU-Kommission ist im Frühjahr 2022 teils vor der Agrarlobby eingeknickt, legt Umweltrichtlinien auf Eis und erlaubt, für die Natur wertvolle brachliegende Ackerflächen zu pflügen und mit Pestiziden und Düngemitteln zu bearbeiten. Unzählige Insekten, Singvögel und Kleintiere werden damit ihre allerletzten Habitate verlieren, Böden werden degradieren. Die Bundesregierung rudert nicht ganz so weit zurück, sie erlaubt kein intensives Bewirtschaften von Brachen. Diese dürfen jedoch – wie früher schon in Dürre­jahren – dem Anbau von Tierfutter dienen. Agrarminister Özdemir will darüber hinaus Monokulturen bei Getreide ein Jahr länger zulassen als geplant.

Während die DUH ein Ende der Anreize für Agartreibstoffe fordert, klammert sich die industrielle Agrarlobby an Gesetze, die Getreide in den Trog und Grundnahrungsmittel in den Tank befördern.

Die Überproduktion an tierischen Lebensmitteln ist mit vielen Fehlentwicklungen verbunden.

Für eine breite billige Rohstoffbasis soll jeder Quadratmeter Artenschutz und Ökolandbau weichen. Hier geht es nicht um Welternährung und Nachhaltigkeit, es geht um Profite. Im Mai zeigte die Deutsche Umwelthilfe in einem Beitrag des TV-Magazins Monitor, dass die Nachhaltigkeitslabel auf Agrarindustrie-Futter teils auf Lügen und vertuschter Regenwaldabholzung basieren. Das in Deutschland angebaute Getreide landet zu 60 Prozent im Trog der Massentierhaltung. Auf ebenfalls knapp 60 Prozent der subventionierten EU-Agrarflächen wachsen Futterpflanzen. Dabei herrscht bei Fleisch Überproduktion: Hierzulande werden durchschnittlich 20 Prozent mehr Fleisch produziert als die Menschen überhaupt kaufen. Und noch immer ist es erlaubt, genießbares Fleisch in den Müll zu werfen.

Gemeinsam mit fortschrittlichen Bauernverbänden fordert die Deutsche Umwelthilfe in Medienarbeit, Fachkonferenzen und in Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern eine Reduktion der Tierplätze um mindestens ein Drittel, um endlich den Druck der Flächenkonkurrenz zwischen Teller und Trog zu lindern. Notfalls werden wir den Rechtsweg gegen Mega-Stallanlagen gehen. Von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir verlangen wir zudem, dass er der massenhaften Lebensmittelverschwendung Einhalt gebietet.

Lebensmittel gehören nicht in den Tank

Seit vielen Jahren hat die Deutsche Umwelthilfe darauf hingewiesen, dass der Einsatz von Nahrungsmittelpflanzen für Kraftstoff in Konkurrenz zur Produktion von Lebensmitteln für die Ernährung von Menschen steht und dass Agrokraftstoffe aufgrund des immensen Flächen- und Düngerverbrauchs klimaschädlich sind. Das Umweltbundesamt wertet die Förderung von Agrokraftstoffen als umweltschädliche Subvention – im Jahr 2018 in Höhe knapp einer Milliarde Euro. Dennoch fließt in Deutschland das Öl aus 60 Prozent der Rapsanbaufläche in Autotanks.

Im Mai hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke angekündigt, den Einsatz von Agrokraftstoffen herunterzufahren und damit einen Beschluss der Umweltministerkonferenz umzusetzen. Wir begrüßen dies, fordern aber mit unserer Kampagne „Kein Essen mehr in den Tank!“ einen sofortigen und vollständigen Förderungsstopp von Agrokraftstoffen.

Ernährungssicherung und die Schonung von Klima und Natur sind zwei Seiten derselben Medaille. Agrarökologische Methoden in der Landwirtschaft, wie zum Beispiel der Ökolandbau, bringen viele Vorteile als Gesamtpaket mit: Sie sind besser an den Klimawandel angepasst, sichern einen humusreichen Boden, der Kohlenstoff speichert, und schützen die Bestäuber unserer Kulturpflanzen, indem sie auf Pestizide verzichten.



Die DUH protestiert in Berlin gegen die Agrosprit-Förderung.





In Brasilien geht das Roden weiter. Für das lukrative Geschäft mit Sojafuttermitteln werden Regenwälder und andere Ökosysteme zerstört.



Foto: whitcumberd (Mitte u.), Christine Kuchern (r)/beide stock.adobe.com; DUH (Mitte o.)



Wir müssen Lebensmittel mehr wertschätzen – viele gelangen nicht einmal ins Ladenregal.

Auch kommende Generationen brauchen fruchtbare Böden

Ökobetriebe lassen düngen: Auf ihren Äckern wandeln Klee, Bohnen, Erbsen, Lupinen oder Luzerne den Luftstickstoff so um, dass er als Dünger wirkt. Die Energie dafür liefert die Sonne – kostenfrei und krisenfest. Die Mehrerträge im konventionellen Landbau basieren hingegen größtenteils auf synthetischen Düngemitteln, die im Ökolandbau tabu sind. Jedes Kilo synthetischer Stickstoff-Dünger verbraucht rund ein Liter Öl-Äquivalent bei seiner energieaufwendigen Herstellung. In Folge des Ukraine-Krieges hat sich der Düngerpreis binnen Wochen vervielfacht. Die Abhängigkeit von fossiler Energie lässt die Preise für konventionelle Lebensmittel massiv steigen, teils Richtung Bio-Preisniveau. Der Verzicht auf künstliche Düngemittel spart Unmengen Energie, die bisher oft aus russischem Gas kamen.

Auch im Stall und auf der Weide punktet der Ökolandbau: Er verwendet überwiegend heimisches Futter, während die Massentierhaltung zusätzlich Futtermittel aus Südamerika einsetzt, für die oft Regenwälder gerodet und Menschen vertrieben wurden.

Im Schnitt erzielen Ökobetriebe 30 Prozent weniger Ertrag. Dies können wir flächenneutral wettmachen, wenn wir unseren Fleisch- und Milchkonsum auf die Menge beschränken, die umweltgerecht von Grünland und von den Dünge-Pflanzen wie Klee gras erzeugt werden können.

Eine Landnutzung, innerhalb der planetaren Grenzen ist der Ast, auf dem wir sitzen. Nur eine agrarökologische Bewirtschaftung unseres Ökosystems Boden gewährleistet die Stabilität seiner Funktionen und Ernährungssicherheit für unsere Kinder und Enkel. ■

PARKEN – öffentlicher Abstellraum



In Deutschlands dicht besiedelten Innenstädten nehmen parkende Autos wertvollen Raum ein, der auch anders genutzt werden könnte. Zum Beispiel, um für Radfahrer, Rollstuhlfahrer, Fußgänger und ÖPNV-Nutzer die Teilnahme am Verkehr attraktiver zu machen. Parkraumstrategien können die Mobilitätswende und das Erreichen der Klimaziele beschleunigen.*

Parkraum

Stellplätze



66,9 Mio
Fahrzeuge

160 Mio
Stellplätze

davon **70** %
am Straßenrand

Auslastung

Selbst in Spitzenzeiten ist der Parkraum inklusive der Parkhäuser Schätzungen zufolge durchschnittlich nur zu **70** % ausgelastet.

(Quellen: KBA, 2021; ADAC, 2020)

Stillstand

Im Durchschnitt steht ein Auto pro Tag etwa **23** Stunden.



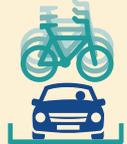
(Quelle: UBA, 2022)

Platzhalter

Ein Parkplatz ist ca. **12** m² groß. Das entspricht der Größe eines durchschnittlichen deutschen Kinderzimmers.



Wo ein Auto steht, könnten **10** Fahrräder stehen.



In Berlin gibt es **10** Mal so viel Fläche für Parkplätze wie für Spielplätze.



In Berlin ist **6** Mal mehr Verkehrsfläche (**19**%) für parkende Autos als für den Radverkehr vorgesehen.



(Quellen: VCD, 2019; Agora Verkehrswende, 2022; zlb, 2022)

Bußgelder im Vergleich

Knöllchen versus Knast



Parken ohne Parkschein

20 €



» Ordnungswidrigkeit

Verbotswidrig Gehweg befahren (ohne Behinderung, Gefährdung, Unfallfolge)

55 €



» Ordnungswidrigkeit

Schwarzfahren

60 €



» Straftat (Erschleichen von Leistungen, § 265a StGB)

(Quelle: bussgeldkatalog.org, 2022)

Internationaler Vergleich

Parken auf einem Geh- oder Radweg mit Behinderung kostet in



(Quellen: AutoClub Race, 2020; Agora Verkehrswende, 2022)

Dicke Autos



Das Durchschnittsauto ist seit 1990 um **12,3** cm in die Breite gegangen. Das entspricht **7,3** % – Außenspiegel kommen hinzu. Die durchschnittliche Autolänge stieg um **14,5** cm, das entspricht **3,4** %.

SUV und Geländewagen

Der Gesamtbestand an **SUV** stieg von 2020 auf 2021 um **14,1** %, der an **Geländewagen** um **6,9** %.

(Quellen: Center Automotive Research (CAR), 2018; KBA, 2021)

*Alle Zahlen beziehen sich auf Deutschland, wenn nicht anders vermerkt

Anwohnerparken

Seit 2020 ist die Gebühr für Anwohnerparkausweise nicht mehr auf **30,70 Euro** gedeckelt. Die meisten Städte nutzen ihren Gestaltungsspielraum noch nicht.

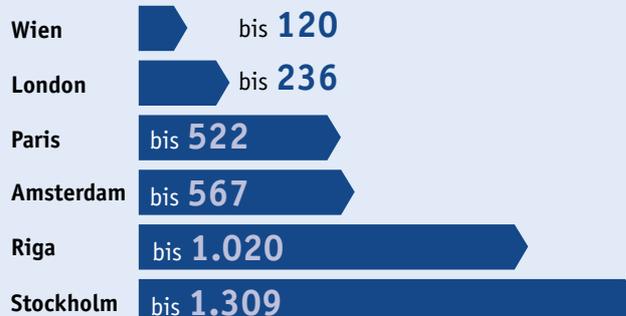


National (Kosten pro Jahr in Euro):



(Quelle: Webseiten der Städte, Stand Juni 2022)

International (Kosten pro Jahr in Euro):



(Quelle: Picodi, 2021)

„Anziehende“ Preise

Während der Preis im ÖPNV 2022 im Vergleich zum Vorjahr um bis zu **5,5 %** anzieht, bleiben die Parkgebühren seit **20** Jahren stabil und machen das Parken in Innenstädten anziehender. **

Preisentwicklung München von 2004 bis 2018



(Quellen: Agora Verkehrswende, 2022; dpa, 2021)

Privilegien für Parkende

Anwohnerparkausweis

8 ct pro Tag (bei 30 Euro pro Jahr)

Stellplatz Carsharing-Unternehmen

49 ct bis **2,30** Euro pro Tag

Stand auf dem Wochenmarkt

18 Euro pro Tag (Größe Parkplatz)

Freischankfläche einer Gaststätte

1,50 Euro pro Tag (Größe Parkplatz)

(Quelle: Agora Verkehrswende, 2022)

Unfallgefahr

Innerorts stehen **25 %** der Fußverkehrsunfälle und



(Quelle: Agora Verkehrswende, 2022)

15 % der Radverkehrsunfälle in Zusammenhang mit dem Parken.



Parksuchverkehr

Der Parksuchverkehr allein macht **30** bis **40 %** des innenstädtischen Gesamtverkehrs aus. Ein Autofahrer braucht durchschnittlich **10** Minuten für die Parkplatzsuche und legt dabei **4,5** km zurück.

Zeitverlust

Autofahrer verbringen rund **41** Stunden pro Jahr mit der Suche nach einem Parkplatz – obwohl in Parkhäusern viele Plätze frei sind – Spitzenreiter Frankfurt mit **65** Stunden, in Berlin **62** Stunden.

Geldverlust

Die verschwendete Zeit, der zusätzliche Kraftstoff und die zusätzliche Abgasbelastung durch die Parkplatzsuche kosten die Deutschen im Jahr mehr als **40** Milliarden Euro, **896** Euro pro Fahrer jährlich.

(Quellen: ADAC NRW, 2020; Inrix, 2017)



** ohne Betrachtung des 9-Euro-Tickets



Mobilität

Für immer unter 30: Werden Sie Teil der Bewegung!

Weniger Lärm, bessere Luft, mehr Aufenthaltsqualität und vor allem Sicherheit im Straßenraum – was klingt wie ein Wunschtraum, könnte einfach und schnell Realität werden: mit Tempo 30 innerorts!

Wir wollen nicht warten, bis die Politik endlich begreift, dass die Zeit reif ist für Tempo 30. Deshalb haben wir eine Kampagne gestartet, bei der Sie als Bürgerin oder Bürger an Ihrem Wohnort „Tempo 30 selber machen“ können. Reichen Sie einen Antrag bei Ihrer Stadt ein! Setzen Sie ein Zeichen – im Wortsinne! Stellen Sie ein „unter 30“-Schild auf! Unsere Homepage stellt Ihnen dazu alles bereit, was Sie benötigen. Dort finden Sie auch Hintergrundinformationen und einen Kurzfilm mit dem Entertainer und Schauspieler Friedrich Liechtenstein, der unsere Kampagne unterstützt.

Für sichere und lebenswerte Städte

Hierzulande gelten Tempo-30-Anordnungen auf innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen meist nur auf kurzen Strecken oder zu bestimmten Zeiten. Das reicht nicht aus, um die positiven Effekte auf den Verkehrsfluss, das Mobilitätsverhalten, die Umweltlasten und die Unfallzahlen voll zu entfalten.

In Spanien fährt man seit 2021 überwiegend Tempo 30 in den Städten, ebenso in Brüssel. In Frankreich sind es sogar über 200 Städte, in denen eine vergleichbare Regelung gilt. Seit deren Einführung im Jahr 2020 gab es dort 70 Prozent weniger töd-

liche Verkehrsunfälle. Seit Inkrafttreten der Regelung Anfang 2021 verzeichnet Brüssel 22 Prozent weniger Schwerverletzte und 55 Prozent weniger Verkehrstote, obwohl die Zahl der Radfahrenden um 20 Prozent gestiegen ist. Kein Wunder also, dass auch die Weltgesundheitsorganisation WHO für Tempo 30 in allen Städten und Dörfern weltweit eintritt – als zentrale Maßnahme zum Schutz von Menschenleben.

Diese Entschleunigung ist auch hochwirksam gegen gesundheitsschädlichen Straßenverkehrslärm. Im Vergleich zu 50 wirkt Tempo 30 auf das menschliche Ohr wie eine Halbierung des Verkehrsaufkommens.

Foto: imago/Rüdiger Wölk



Ein Rechtsgutachten im Auftrag der DUH zeigt auf, wie Kommunen Tempo 30 rechtssicher umsetzen können.

Möchten Sie Tempo 30 selber machen? Nutzen Sie unsere Schilder und die weiteren Materialien!



Foto: Ekaterina Elagina/stock.adobe.com, Montage DUH

Das entspricht einer Lärminderung um zwei bis drei Dezibel [dB(A)]. Daten aus Brüssel zeigen mancherorts sogar einen Rückgang von bis zu 4,8 dB(A). Und auch der positive Effekt auf die Luftqualität ist längst nachgewiesen, beispielsweise in Berlin. Hier wurde an fünf Hauptstraßen die Maximalgeschwindigkeit von 50 auf 30 Kilometer pro Stunde gesenkt. Die Werte für gesundheitsschädliches Stickstoffdioxid sind dort im Jahresmittel um bis zu vier Mikrogramm pro Kubikmeter gesunken.

Kurz gesagt: Tempo 30 innerorts ist ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende und für eine nachhaltige stadtplanerische Entwicklung.

Wie können Kommunen vorgehen?

Wir haben Kommunalverwaltungen gefragt, woran Tempo 30 hierzulande bislang scheitert. Sie sehen ihren Gestaltungsspielraum durch das deutsche Straßenverkehrsrecht beschränkt. Mehr als 140 Kommunen haben sich deshalb zu einem Bündnis zusammenschlossen und fordern von Bundesverkehrsminister Wissing eine Neuregelung, um Tempo 30 auf Hauptstraßen anzuordnen. Eine gute Initiative – doch die Kommunen müssen proaktiv voranschreiten, denn ob und wann die Bundesregierung die geforderte Überarbeitung liefern wird, ist vollkommen unklar.

Die DUH hat ein Rechtsgutachten erarbeiten lassen, das die bestehenden Handlungsspielräume der Kommunen aufzeigt. Insbesondere zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm können Städte weitreichende Tempo 30-Anordnungen rechtssicher umsetzen. Das Gutachten stellen wir den Kommunen zur Verfügung. Gleichzeitig fordern wir Minister Wissing auf, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts im Straßenverkehrsrecht zu verankern. Dies würde auch aufwändige Verwaltungsprozesse deutlich verschlanken. (ds) ■



Machen Sie Tempo 30 selber!

- Ihre Expertise zählt! Nennen Sie Ihrer **Stadtverwaltung** konkrete Vorschläge, wo Tempo 30 dringend notwendig ist. Ein Antragsmuster erhalten Sie bei uns.
- Stellen Sie ein **Tempo 30-Schild** in Ihrem Garten auf!



- Tragen Sie das entschleunigte Lebensgefühl auf die Straße mit unseren **Shirts, Stoffbeuteln, Trinkflaschen** und mehr.

Hier geht es zum Aktionsmaterial:

www.fuerimmerunter30.de



Digitalisierung als ein Schlüssel zu nachhaltiger Mobilität

Digitalisierung im Verkehr – da ist viel in Bewegung: per Smartphone Reisewege planen und buchen, egal ob lokal oder weltweit, automatisiertes oder gar autonomes Fahren. Vieles ist heute machbar. Manches, das einen positiven Beitrag für die Verkehrswende leisten kann, bleibt aber bisher politisch auf der Strecke.

Schon heute sind moderne Fahrzeuge mit einer Vielzahl digitaler Systeme ausgestattet, die das Fahren im Alltag erleichtern und sicherer machen sollen. Auf bestimmten, festgelegten Strecken können autonome Kraftfahrzeuge der sogenannten „Stufe vier“ bereits am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen. Auf diesem Level führen die technischen Systeme alle Fahraufgaben selbstständig durch, der Pkw kann auch längere Strecken ohne Eingriff zurücklegen. Das dafür nötige Gesetz hat der Bundestag im Mai 2021 verabschiedet.

Auch die „Performance“ der Fahrzeuge selbst wird digital erfasst. Hersteller sind seit 2021 verpflichtet, Daten über den realen Kraftstoffverbrauch ihrer Fahrzeuge an die EU-Kommission zu übermitteln. Ziel ist es, Abweichungen zwischen den Angaben der Hersteller und dem tatsächlichen Ver-

brauch zu erfassen und eine Anpassung der rechtlichen Vorgaben für die Verbrauchsangaben vorzubereiten.

Ungenutzte Potenziale

Doch bei anderen Fragen der Digitalisierung schreckt die Politik zurück. Nehmen wir etwa die Parkraumüberwachung. Die stete Zunahme des Pkw-Bestandes im Schnitt um 500.000 Pkw pro Jahr erhöht den Druck auf Stellplätze im Straßenraum. Umso wichtiger also, eine regelkonforme Nutzung öffentlicher Verkehrsflächen sicherzustellen, die Fußgänger und Radfahrer nicht zusätzlich gefährdet – etwa durch Parken in zweiter Reihe oder auf dem Gehsteig. Hier bleibt das Potenzial der Digitalisierung bislang ungenutzt. Während eine digitale Überwachung mit Hilfe eines sogenannten

Scan-Fahrzeugs pro Stunde bis zu 2.000 Fahrzeuge überprüfen könnte, kontrolliert ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes am Tag maximal 300. Nachdem erste Pilotvorhaben erfolgreich umgesetzt wurden, liegt der Ball nun beim Bund und den Ländern, die das Straßenverkehrsrecht entsprechend anpassen müssen. Eine mit dem Datenschutz kompatible Lösung ist nach einem aktuellen Rechtsgutachten im Auftrag der Agora Verkehrswende machbar.

Ähnlich sieht es aus mit Blick auf eine fahrleistungsabhängige Pkw-Maut. Auch hier werden datenschutzrechtliche Bedenken genannt. Durch das Fiasko der „Scheuer-Maut“ hat das Thema mit einer erheblichen Erblast zu kämpfen. Dennoch ist klar, dass absehbar eine Alternative her muss, um die ohnehin seit Jahren unterfinanzierten Infrastrukturkosten des Straßenverkehrs zu decken. Derzeit erfolgt dies unter anderem durch die Einnahmen aus der Energiesteuer für fossilen Kraftstoff, die aber mit zunehmendem Anteil strombetriebener Fahrzeuge sinken werden. Eine fahrleistungsabhängige, nach Antriebsart oder auch Motorisierung modifizierte Pkw-Maut folgt dem Verursacherprinzip. Sie setzt zugleich einen Anreiz für verbrauchsarme Pkw-Modelle oder gar den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel. Eine datenschutzkonforme Ausgestaltung ist auch hier möglich, etwa mit strikten Zweckbeschränkungen und unverzüglichen Daten-Löschungen.

Fragt sich nur, wann der für Digitalisierung und Verkehr zuständige Minister endlich aktiv wird. Die Bundesregierung will unser Land zum Leitmarkt für alles Mögliche kühren – wie wäre es mit dem „Leitmarkt für Verkehrswende und Klimaschutz“? (ds) ■



Mithilfe digitaler Systeme wäre eine fahrleistungsabhängige, nach Antriebsart oder auch Motorisierung modifizierte Pkw-Maut umsetzbar.



Kommunaler Umweltschutz

Städte zukunftsfähig machen

Um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, stehen Kommunalpolitik und -verwaltung sowie Stadtgesellschaft in der Pflicht, alle bestehenden Klimaschutzpotenziale auf ihrem Gemeindegebiet zu heben. Die DUH unterstützt sie mit vielversprechenden Ansätzen.

Der Krieg in der Ukraine und die aktuelle Energiepreiskrise führen uns eins schmerzlich vor Augen: unsere hohe Abhängigkeit von klimaschädlichen fossilen Energien. Dabei liegen die Rezepte für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte auf der Hand. Die Schlagworte lauten: Autoverkehr vermeiden, Wärmenetze ausbauen und Strom aus erneuerbaren Energien verbrauchsnahe erzeugen. Dazu: Stadtnatur und -gewässer erhalten, beziehungsweise neu anlegen.

Im aktuell laufenden Projekt Multiply betrachten die DUH und ihre Partner die Themen Verkehr, Wärme und Strom bei der Entwicklung von zukunftsweisenden Quartieren mit einem integrierten Ansatz.

Baustellen in allen Sektoren

Für den Verkehrsbereich bedeutet dies vor allem die Überwindung des völlig aus der Zeit gefallenen Leitbilds der ‚autogerechten Stadt‘. Um den Umbau hin zur ‚menschengerechten Stadt‘ zu erreichen, engagiert sich die DUH etwa für folgende Maßnahmen: Tempo 30 als

Regelgeschwindigkeit innerorts, autofreie Innenstädte, reduzierte Stellplatzschlüssel, höhere Parkgebühren sowie mehr Fahrrad- und Fußverkehrswege und einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr.

Im Wärmebereich sind die großen Baustellen die energetische Sanierung des Gebäudebestands und eine fossilfreie Wärmeversorgung. Für ersteres braucht es staatliche Anreize, für letzteres verpflichtende kommunale Wärmeplanungen. Erst beides gemeinsam schafft die Voraussetzungen für dekarbonisierte Wärmenetze, für die sich die DUH einsetzt. Das Verbot des Einbaus neuer Öl- und Gasheizungen flankiert dies.

Im Strombereich müssen Städte und Gemeinden alle verfügbaren Flächen für die Solarstromerzeugung nutzen. Versiegelte innerstädtische Flächen wie die Dächer von Schwimmbädern, Schulen, Kindergärten oder Rathäusern, aber auch von Gewerbegebäuden können mit Photovoltaik bestückt werden. Auch manche Parkplätze kann man überdachen und als Solarflächen nutzen. Unversiegelte Flächen im Umland eignen sich für die Errichtung von Freiflächenan-

lagen. Parallel zum oben skizzierten ‚Klimaschutz-Dreiklang‘ müssen sich die Städte zudem fit für die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels wie die immer häufigeren und extremeren Hitzephasen und Starkregenereignisse machen. Hier können Stadtnatur und -gewässer Abhilfe schaffen. Denn sie kühlen auf natürliche Weise die bauliche Umgebung und führen Wassermassen kontrollierter ab. Gleichzeitig bieten sie einen unschätzbaren Naherholungs- und Freizeitwert.

Seit Jahren gibt die DUH dringend nötige Impulse. Auch weiterhin wird sie sowohl auf allen Ebenen der Politik als auch vor Ort mit konkreten Modellprojekten für zukunftsfähige, CO₂-neutrale, klimaresiliente und lebenswerte Städte und Gemeinden aktiv sein. (rw)



Kofinanziert durch das Programm „Horizont 2020“ der Europäischen Union

Stadtteil Hillerheide, Recklinghausen:
Auf dem ehemaligen Trabrennbahngelände (oben links) soll ein Wohngebiet mit einem See und Grünflächen entstehen (rechts).

Die Planungen sind gigantisch. Bis zu zwölf Terminals für die Anlandung von Flüssigerdgas, liquified natural gas (LNG), sollen an der deutschen Küste entstehen – Laufzeit bis 2043! Die Gas-Lobby möchte die Terminals unbedingt haben und kämpft schon lange für den Neubau: An den Anlagen können Tanker flüssiges fossiles Gas entladen, das dann in das Gasnetz eingespeist wird. Bisher gibt es solche Terminals in Deutschland nicht. Und bis in den Februar sah es noch so aus, als würden sie auch nicht gebaut.

Doch dann kam der russische Angriff auf die Ukraine. Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas wurde allen schmerzlich vor Augen geführt. Und auf einmal fand die Gas-Lobby doch Gehör bei der Bundesregierung. Und zwar gewaltig. Die Regierung hat im Eiltempo ein „LNG-Beschleunigungsgesetz“ verabschiedet, das Beteiligungs- und Klagerechte einschränkt und für einen Teil der Anlagen auch die Umweltverträglichkeitsprüfung abschafft.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir von der Deutschen Umwelthilfe stehen klar für Energiesicherheit und Energieunabhängigkeit. Tatsächlich sind wir diejenigen, die das schon seit Jahren vehement einfordern. Doch die LNG-Pläne der Ampel-Koalition sind eine Mogelpackung. Sie behaupten, sie dienen nur der Energiesicherheit. Sie werden durchgesetzt, indem man die Angst der Menschen vor kalten Wohnungen und Arbeitsplatzverlusten schürt. Tatsächlich bauen sie aber gigantische Kapazitäten über Jahrzehnte auf, die mit kurzfristiger Sicherheit nichts zu tun haben.

Einspar- und Effizienzmaßnahmen fehlen

Wir beziehen nur noch etwa 35 Prozent des fossilen Gases aus Russland. Ein Gutteil davon wäre durch entschlossene Energieeffizienzmaßnahmen in Gebäuden und Industrie bis zum kommenden Winter bereits einzusparen – was gleichzeitig den Klimaschutz deutlich voranbringen würde. Das haben Studien, unter anderem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, klar aufgezeigt. Doch anstatt diese



Energie und Klima

Völlig überdimensionierte fossile Falle

Bis zu zwölf Flüssigerdgas-Terminals möchte das Wirtschaftsministerium bauen lassen und damit viel mehr als wir brauchen, um das wegfallende Gas aus Russland zu ersetzen. Damit geraten die Klimaziele in ernste Gefahr. Stattdessen sollte die Bundesregierung noch konsequenter als bisher auf den Ausbau von Windkraft und Sonnenenergie setzen.

naheliegenden Pläne umzusetzen, hat die Regierung bislang überhaupt keine kurzfristigen Einsparmaßnahmen ergriffen. Ganz im Gegenteil. Beispielsweise läuft die Förderung des Einbaus neuer Gasheizungen und neuer Gaskraftwerke über die Umlage zur Kraft-Wärme-Kopplung immer noch weiter. Ein unverzeihliches Verhalten. Die Studien sagen auch, dass bestehende und bislang nicht ausgelastete LNG-Terminals in den europäischen Nachbarländern

dann den Rest der russischen Lieferungen ersetzen könnten. Es ist also zweifelhaft, ob überhaupt ein massiv umwelt- und klimaschädliches LNG-Terminal in Deutschland neu gebaut werden muss. Daher wäre eine Bedarfsanalyse der Bundesregierung dringend erforderlich. Doch bis jetzt hat die Regierung keine Zahlen vorgelegt. Allein das muss jeden misstrauisch machen. Und selbst wer meint, dass ein oder zwei temporäre schwimmende Terminals notwendig



So sorgen die LNG-Terminals dafür, dass zunächst Fracking-Gas aus den USA nach Deutschland kommt – und dass neue Gasfelder überhaupt erst in Produktion gehen können. Klimapolitisch die größte anzunehmende Katastrophe.

Wir appellieren an die Politik

Angesichts der verheerenden Folgen und der verfügbaren Alternativen wehrt sich die DUH gegen die völlig überdimensionierten Planungen der Bundesregierung für LNG-Terminals. Damit setzen wir unsere Kampagne fort, die wir bereits seit 2019 gegen die Pläne führen. Wir haben unsere Schritte gegen die Pläne sorgfältig abgewogen: Zunächst haben wir bei der zuständigen Genehmigungsbehörde in Niedersachsen Widerspruch gegen den vorzeitigen Baubeginn des LNG-Terminals Wilhelmshaven eingelegt. Derzeit prüfen wir die Akten der Behörde und stehen mit der Politik im Dialog. Auch die unterschiedlichen Zielsetzungen haben wir sorgfältig abgewogen. Auf der einen Seite stehen die Gewährleistung der Energiesicherheit und das wichtige Ziel, die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren, auf der anderen Seite die Klimaziele und Freiheitsrechte junger Menschen und künftiger Generationen. Wir sind überzeugt, dass wir diese beiden Seiten nicht gegeneinander ausspielen dürfen.

Unsere Erwartung an die Bundesregierung ist es, dass sie ebenso sorgfältig abwägt und sich dabei auch an das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem vergangenen Jahr erinnert. Die Klimakrise ist keineswegs vorbei. Erst recht nicht darf sie durch neue fossile Abhängigkeiten beschleunigt werden. Deshalb ist unser Appell an die Ampelparteien, endlich alles für die Reduktion des Energieverbrauchs und den Ausbau Erneuerbarer zu tun – und nicht die Wünsche der Gas-Lobby blind zu erfüllen. (cz) ■



Mehr zum Thema lesen Sie hier:

www.duh.de/lng/

sein könnten, kann eines nicht ignorieren: Die unfassbare Dimension von bis zu zwölf Terminals mit Bestandsgarantie bis 2043, die das Gesetz vorantreibt, ist ohne jeden Zweifel überflüssig und brandgefährlich.

Massiver Neubau fossiler Infrastruktur

Dies gilt selbst dann, wenn nicht alle zwölf Anlagen gebaut werden, sondern nur die sieben wahrscheinlichsten Projekte: Nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe würden alleine diese sieben Projekte einen Großteil des verbleibenden CO₂-Budgets der Bundesrepublik aufzehren. Werden sie voll ausgelastet, würden sie ab 2023 über ihre Lebensdauer insgesamt 2.130 Millionen Tonnen CO₂ verursachen. Unser verbleibendes CO₂-Budget zur Einhaltung des Pariser Klimaziels beträgt jedoch lediglich 2.870 Millionen Tonnen. Ein Horror fürs Klima.

Die Terminals bringen nicht nur die deutschen Klimaziele in Gefahr. Es droht

ein sogenannter fossiler Lock-In: Eine fossile Pfadabhängigkeit, mit der wir uns auf weitere Jahrzehnte an die Förderung und Lieferung fossiler Energieträger binden. Das LNG für den europäischen und deutschen Markt ist nämlich nicht ohne Weiteres verfügbar. Der Weltmarkt ist knapp. Um die neuen Terminals zu bedienen, müssen deshalb neue Gasfelder erschlossen und neue Export-Terminals gebaut werden.

Eines der Herkunftsländer ist das Emirat Katar. Die Bundesregierung hat für die Absicherung der LNG-Lieferungen eigens eine Energiepartnerschaft abgeschlossen. Nun hat das Emirat bekannt gegeben, dass Deutschland ab 2024 zunächst einmal mit Fracking-Gas aus den USA beliefert werden soll. Der staatliche Energiekonzern Qatar Petroleum ist in Texas an einem großen LNG-Exportterminal beteiligt, das zunächst genutzt werden soll. Erst ab 2026 soll dann LNG direkt aus Katar geliefert werden. Auch dies hat aber einen gewaltigen Haken: Dafür muss erst ein neues Gasfeld erschlossen werden.



Stefan Rahmstorf (li) mit Manfred Hennemann, Experte für den Einbau von Wärmepumpen. Rahmstorf leitet die Abteilung Erdsystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und ist Professor für Physik der Ozeane an der Universität Potsdam.

Energiewende

Im Heizungskeller von Klimaforscher Stefan Rahmstorf

Immer mehr Hauseigentümer auf der Suche nach einer klimafreundlichen Alternative zur Öl- und Gasheizung entscheiden sich für eine Wärmepumpe. Die DUH begleitete den Klimaforscher Stefan Rahmstorf beim Umstieg von der Gasheizung mit Biogasvertrag auf eine Wärmepumpe und zeigt, dass die Technologie auch in Altbauten funktioniert.

Die Wärmepumpe ist die zentrale Technologie, um Erneuerbare Energien in der Wärmeversorgung von Gebäuden einzusetzen. Während Wärmepumpen im Neubau bereits die dominierende Heizungstechnologie sind, werden in Deutschland im Bestand jährlich immer noch rund 600.000 Gasheizungen neu eingebaut. Das muss sich dringend ändern, damit wir im Gebäudesektor die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mehr als zwei Drittel reduzieren und die Klimaziele erreichen können. Gebremst wird das Interesse am Einbau der Wärmepumpe in Bestandsgebäuden auch durch den sich hartnäckig haltenden Mythos, dass sie ausschließlich im Neubau mit Fußbodenheizung eingesetzt werden kann. Dass Wärmepumpen auch sinnvoll im Bestand – mit oder ohne Fußbodenheizung – betrieben werden kön-

»Da ich ohnehin schon Photovoltaik auf meinem Dach habe und damit den Solarstrom auch in der Wärmepumpe einsetzen kann, habe ich mich für eine Wärmepumpe entschieden.«

nen, demonstriert die DUH in ihrem Projekt „Mit Wärmepumpen das Klima schützen“: Sechs Modellhaushalte werden dabei begleitet, wie sie ihre fossile Heizung gegen eine Wärmepumpe tauschen. Einer davon ist Stefan Rahmstorf, der Einblick in sein Wärmepumpenprojekt gibt.

Die Entscheidung

Als der Heizungstechniker den Klimaforscher bei einem Wartungstermin Anfang 2021 darauf hinweist, dass die bereits 21 Jahre alte Gastherme bald gegen eine neue ausgetauscht werden muss, stand für Stefan Rahmstorf direkt fest, dass er keine neue Gastherme einbaut. Stattdessen hatte er eine andere Technologie im Auge: „Da ich ohnehin schon Photovoltaik auf meinem Dach habe und damit den Solarstrom auch in der Wärmepumpe einsetzen kann, habe ich mich für eine Wärmepumpe entschieden“.

Nicht nur die Nutzung des selbstproduzierten Solarstroms zu Heizzwecken sprach für die Installation einer Wärmepumpe. Auch der energetische Zustand des Altbaus aus dem Jahr 1930 stimmte, um die Wär-

mepumpe energie- und kosteneffizient zu betreiben und damit besonders viel Wärme mithilfe einer Einheit Strom zu gewinnen. Bereits im Jahr 2000 wurde das Gebäude energetisch saniert, um den Heizenergiebedarf zu verringern. Durch die Sanierung konnten auch die Vorlauftemperaturen des Heizsystems abgesenkt werden, was vorteilhaft für die Wärmepumpe ist, da sie das Temperaturniveau der aus der Umwelt aufgenommenen Wärme dann nur wenig anheben muss.

Eine weitere Absenkung der Vorlauftemperaturen ermöglichte der Austausch der alten Heizkörper. „Aufgrund meines alten Dielenbodens habe ich mich gegen eine Fußbodenheizung und für eine Randleistenheizung entschieden, das sind Heizleisten, die an den Außenwänden unten langlaufen“, erklärt Rahmstorf.

» Eine Erdwärmepumpe hat im Vergleich zu einer Luftwärmepumpe eine höhere Effizienz, denn unter der Erde herrscht auch im Winter eine Temperatur von etwa plus zehn Grad.«

Erdwärmepumpe mit natürlichem Kältemittel

Wärmepumpen können verschiedene Wärmequellen nutzen: Luft, Erdreich oder Wasser. Für den Klimaforscher war es zentral, eine effiziente Wärmepumpe zu betreiben: „Eine Erdwärmepumpe hat im Vergleich zu einer Luftwärmepumpe eine höhere Effizienz, denn unter der Erde herrscht auch im Winter, wenn es kalt ist, in etwa die Jahresdurchschnittstemperatur. Das sind hier etwa plus zehn Grad“.

Um die Erdwärme für die Wärmepumpe nutzbar zu machen, wurden drei Erdsonden in einer Tiefe von 80 Metern gebohrt. „Ich habe mich gefreut, meinem Ziel einer effizienten Wärmepumpe mit diesem Schritt näher gekommen zu sein, aber das Ausmaß der Baggerarbeiten hat mich dann doch überrascht: Die Rasenfläche sah hinterher relativ wüst aus, aber inzwischen ist wieder alles schick und grün“.

Bei der Auswahl der richtigen Wärmepumpe waren für Rahmstorf auch die Umwelt- und Klimafreundlichkeit des verwendeten Kältemittels zentral. Deshalb entschied er sich für das natürliche Kältemittel Propan. Sein vorläufiges Fazit: „Ich bin auf den ersten vollen Winter gespannt, wie es mit dem Zusammenspiel von Sonnenenergie und Wärmepumpe klappt. Auf jeden Fall ist es schon jetzt ein gutes Gefühl, das Richtige für ein stabiles Klima zu tun!“ (cli) ■

» Meine Tipps für Ihr Wärmepumpen-Projekt:

- Senken Sie, wenn möglich, den Energiebedarf Ihres Hauses durch energetische Sanierungsmaßnahmen.
- Eine Fußbodenheizung ist nicht zwingend notwendig, auch größere Heizkörper oder eine Randleistenheizung können die Vorlauftemperaturen absenken.
- Bleiben Sie hartnäckig bei der Suche nach fachkundigen Energieberatern und Heizungsunternehmen. «

Stefan Rahmstorf



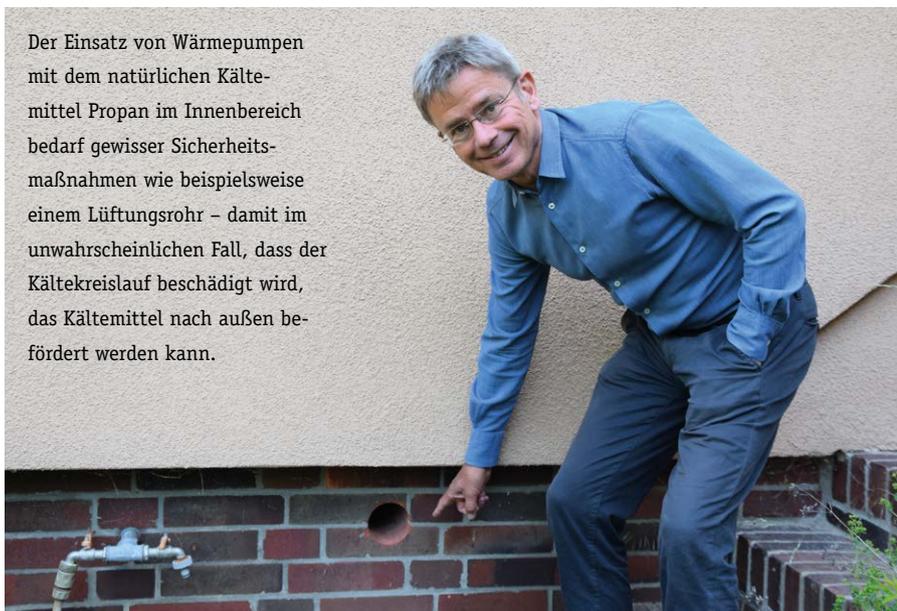
Die Photovoltaik-Anlage erzeugt seit 2013 Strom auf dem Dach des Einfamilienhauses und produziert bislang im Jahr fast doppelt so viel Strom, wie der Haushalt benötigt. Ein Teil des eingesetzten Stroms für die Wärmepumpe wird von der Photovoltaik-Anlage geliefert.



Den DUH-Planungsleitfaden für Ihr Wärmepumpen-Projekt, die Homestory von Stefan Rahmstorf und mehr Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.duh.de/waermepumpen

Der Einsatz von Wärmepumpen mit dem natürlichen Kältemittel Propan im Innenbereich bedarf gewisser Sicherheitsmaßnahmen wie beispielsweise einem Lüftungsrrohr – damit im unwahrscheinlichen Fall, dass der Kältekreislauf beschädigt wird, das Kältemittel nach außen befördert werden kann.



Neue Regeln für Windkraft auf See

Der Ausbau Erneuerbarer Energien vor der Küste Deutschlands ist wichtig, birgt aber Herausforderungen für den maritimen Naturschutz. Dabei sind die Energiewende und der natürliche Klimaschutz zwei Seiten derselben Medaille und müssen zusammengedacht werden.



Eingriffe in Meeresökosysteme müssen beschränkt werden. Offshore-Windkraft sollte Vorrang vor Nutzungen wie Schifffahrt, Rohstoffabbau und Fischerei bekommen.

Im Rahmen des sogenannten Osterpaketes hat die Bundesregierung unter anderem das Windenergie-auf-See-Gesetz überarbeitet. Es sieht vor, dass die deutsche Stromversorgung bis 2035 fast ausschließlich auf Erneuerbaren Energien beruhen soll. Dies ist ein erfreulicher wie notwendiger Schritt für die Energiewende, die auch im Angesicht des Krieges in der Ukraine dringender denn je geworden ist. Integraler Bestandteil zur Umstrukturierung der Energieversorgung ist ein massiver Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von Windstrom auf See, auch Offshore-Windkraft genannt. Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 70 Gigawatt sollen bis 2045 in der deutschen Nord- und Ostsee errichtet werden.

Meere – wichtig für Arten und Klima

Durch den Offshore Windkraft-Ausbau wird die marine Lebenswelt auf verschiedene Arten beeinträchtigt. Dazu gehört zum



In der Ostsee sind Schweinswale vom Aussterben bedroht.

Beispiel das Kollisionsrisiko von Zugvögeln mit Windkraftanlagen, die Lärmbelastung geräuschempfindlicher Arten wie zum Beispiel dem Schweinswal während der Bauphase sowie das Zerschneiden natürlicher Lebensräume. Der Platzbedarf für mehr Anlagen trifft also auf ökologisch sehr sensible Gebiete.

Ebenso klimarelevant wie der Ausbau Erneuerbarer Energien ist der Schutz der

Meere als intakte Ökosysteme. Denn Meere spielen eine wichtige Rolle fürs Klima. Sie speichern nicht nur Wärme, sondern auch immense Mengen an Kohlenstoff und sind somit natürliche CO₂-Senken.

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden Klimaschutzfunktionen befinden sich die deutschen Meere momentan in einem beklagenswerten Zustand. Deutschland ist durch die EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie dazu verpflichtet, seine heimischen Meereslebensräume in einen guten Zustand zu versetzen und zu erhalten. Sowohl der Ausbau von Windenergie auf See im Zuge der Energiewende als auch der Schutz der marinen Welt tragen – jeweils auf ihre Art – zum Klimaschutz bei. Meeres- und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen vielmehr zusammengedacht werden.

Umweltschädliche Nutzungen einschränken

Dem Meeresnaturschutz sowie dem Ausbau Erneuerbarer Energien muss Vorrang vor naturschädlichen Nutzungen wie beispielsweise der Schifffahrt, Rohstoffgewinnung und Fischerei gegeben werden. Meereschutzgebiete müssen hingegen frei von Windenergieanlagen bleiben.

Es gilt, die Meeresfläche möglichst effizient zu nutzen. Deutschland sollte nicht nur die eigene Perspektive, sondern auch die anderer Staaten mitdenken und einen Dialog anregen, um so eine möglichst effiziente und umweltschonende Strategie für die Erzeugung von Windenergie auf See über Landesgrenzen hinweg zu initiieren. Wie schon lange von der DUH gefordert, haben sich im Mai nun endlich die Anrainerstaaten von Nord- und Ostsee getroffen. (cs, pb)



Anzeige

Fahren Sie ein E-Auto?



Sie sind aus dem Verbrenner ausgestiegen.

Prima, das ist ein Beitrag zum Klimaschutz!

Der wird belohnt: Registrieren Sie sich bei einem **THG-Quotenhändler** und erhalten Sie etwa **300 Euro** pro Jahr! Folgende Händler bieten noch dazu die Option an, im selben Zuge der Deutschen Umwelthilfe zu spenden:

<https://www.fairnergy.org>
<https://emobia.de>
<https://elektrovorteil.de>
<https://thg.insta-drive.com>

Die Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) soll den Anteil erneuerbarer Energien im Kraftstoff erhöhen. Im Ergebnis ermöglicht dies den E-Autofahrenden, sich ihre CO₂-Sparleistung von den Ölkonzernen vergüten zu lassen.

Hintergründe und DUH-Position:

l.duh.de/thg



Klimaschutz

Im Stromhäuschen wohnt ein Klimaschädling

Kaum bekannt, aber 25.000 Mal klimaschädlicher als die gleiche Menge CO₂ – das ist Schwefelhexafluorid. Das Gas wird im Stromnetz verwendet.

Schwefelhexafluorid, kurz SF₆, wird als Isoliergas in Schaltanlagen eingesetzt, um beispielsweise Funkenschläge zu löschen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Stromnetzes droht ein vermehrter Einsatz in solchen Anlagen und damit steigende SF₆-Emissionen. Die Deutsche Umwelthilfe zeigt dringenden Handlungsbedarf auf und fordert, das stärkste Treibhausgas der Welt endlich mitzudenken und zu ersetzen.

Alternativen sind bekannt

SF₆ ist ein synthetisch hergestelltes Gas, das durch Leckagen während des Betriebs oder am Lebensende von Schaltanlagen in die Atmosphäre gelangt. Dort trägt es stark zur Erderwärmung bei – erst in tausend Jahren ist es vollständig abgebaut. Aufgrund dieser enormen Klimawirkung wird SF₆, wie alle weiteren fluorierten Treibhausgase, in Europa in der EU F-Gase Verordnung reguliert, die zurzeit überarbeitet wird. Dort ist ein SF₆-Verbot abzusehen, bei deutschen Branchenverbänden gilt es bereits als Konsens.

Immense Uneinigkeit herrscht allerdings über Übergangszeiten und geeignete

Alternativen. Während die Übergangszeiten für die diversen Technologien schwer festzulegen sind, ist zumindest eine Einigung über die geeigneten Alternativen überfällig.

Neue SF₆-Substitute zählen zu der problematischen Gruppe der ‚forever chemicals‘, die sich aufgrund ihrer langen Lebensdauer in unseren Ökosystemen anreichern und eine wachsende Bedrohung für Gesundheit und Umwelt darstellen. Um dem Vorsorgeprinzip zu folgen und nicht das Problem der Klimaschädlichkeit gegen das der Umweltschädlichkeit auszutauschen, können nur Ersatzstoffe basierend auf natürlichen Gasen eine wahre Alternative sein. Für Schaltanlagen eignet sich beispielsweise ein Sauerstoff-Stickstoff Gemisch, das absolut klima- und umweltfreundlich ist.

Ein verstärkter Einbau von SF₆ passt nicht zu den Klimazielen Deutschlands. Zudem verschärfen die lange atmosphärische Wirkung von SF₆ sowie die zirka vierzigjährige Lebensdauer von Schaltanlagen den Generationenkonflikt. Die DUH fordert deshalb ein Verbot von SF₆ mit ambitionierten Übergangszeiten und einen direkten Umstieg auf hundert Prozent klima- und umweltfreundliche Alternativen. (clü) ■

Das Recht auf Reparatur kommt

Die EU-Kommission schmiedet derzeit einen Legislativvorschlag für ein europaweites Recht auf Reparatur. Als Netzwerkmitglied im Verbraucherschutzverein „Runder Tisch Reparatur e.V.“ wirkt die Deutsche Umwelthilfe an einer Stellungnahme mit.

Man stelle sich vor, es wäre nicht möglich, bei einem Auto die Scheibenwischer auszuwechseln. Niemand würde solch ein Auto kaufen. Bei vielen Elektro- und Elektronikgeräten oder auch ganz anderen Produkten widerspricht es gleichfalls jeder Logik, sie so zu konstruieren, dass einzelne Bauteile nicht oder nur unter größtem Aufwand austauschbar sind. Die Deutsche Umwelthilfe fordert deshalb eine einfache Reparierbarkeit. Jedes Bauteil eines Smartphones, eines Wäschetrockners oder eines Staubsaugers muss vom Verbraucher selbst, vom Reparaturdienstleister oder unabhängigen Werkstätten mit herkömmlichen Werkzeugen und unter zumutbarem Aufwand ersetzbar sein. Der Einbau von Ersatzteilen darf nicht zu einer Beschädigung oder dem Verlust von Funktionen führen.

Langlebig dank Updates, Ersatzteilen und kluger Konstruktion

Ob Fernsehgerät oder Laptop, Küchenmaschine oder E-Scooter – sie alle sollten zukünftig so konstruiert sein, dass Reparaturen möglichst unkompliziert machbar sind. Viele elektronische Geräte wie Smartphones brauchen eine Software und haben eine Anbindung zum Internet oder anderen Geräten. Damit die Software funktioniert und sicher ist, benötigen die Geräte entsprechende Updates. Gerade Sicherheits-Updates sollte der Hersteller, auch wenn er das Modell nicht mehr anbietet, noch mindestens zehn Jahre bereitstellen.



Zukünftig müssen Reparaturen preislich attraktiver sein als ein Neukauf.

Ersatzteile sind essentiell für viele Reparaturen. In den produktspezifischen Ökodesign-Verordnungen schreibt die EU die Anforderungen an die Beschaffenheit und den Material- beziehungsweise Energieverbrauch bestimmter Elektrogeräte, beispielsweise Waschmaschinen, fest. Dank dieser Verordnung bestehen bereits Vorgaben, welche Ersatzteile über welchen Zeitraum erhältlich sein müssen. Wir fordern, dass es für alle Produkte, die unter das „Recht auf Reparatur“ fallen werden, solche Listen mit bereitzustellenden Ersatzteilen gibt. Die Hersteller und größeren Händler müssen dazu verpflichtet werden, wichtige Informationen, etwa eine Auflistung aller zugehörigen Ersatzteile und Reparaturanleitungen, online kostenlos, frei zugänglich und in einheitlicher Form zur Verfügung zu stellen.

Am Ende entscheidet meist der Preis

Reparieren bedeutet Ressourcenschutz. Damit das Recht auf Reparatur seine Wirkung entfaltet, muss der Gesetzgeber auch die

Verbrauchersicht berücksichtigen. Nicht allein alle genannten Forderungen zur Reparaturfreundlichkeit müssen erfüllt werden, sondern eine Reparatur muss auch preisgünstiger als ein Neukauf sein. In Thüringen gab es 2021 einen Reparaturbonus von maximal hundert Euro pro Person und Jahr. Dem Verbraucher erstattete der Bundesland-Fördertopf bei Einreichen der Reparaturrechnung bei der Verbraucherzentrale Thüringen die Kosten bis zur Hälfte zurück. 2022 wollen die Thüringer den Reparaturbonus erneut auflegen, den Start erwarten wir in Kürze. Solch ein Bonusprogramm wäre auch auf EU-Ebene möglich. Zusätzlich könnte die Mehrwertsteuer auf alle Ersatzteile und Reparatur-Dienstleistungen gesenkt werden.

Wir fordern, dass das neue Gesetz einen Reparaturindex für alle betroffenen Produkte vorschreibt. Eine vergleichende Abbildung oder Skala sollte diesen Index visualisieren und bereits in der Werbung sowie auf dem Produkt oder dessen Verpackung sichtbar sein. Dann erkennen Verbraucherinnen und Verbraucher auf einen Blick: gut oder schlecht reparierbar. (cm, jk) ■



Verbraucherschutz

Versprechen muss man halten

Bei ihrer ökologischen Marktüberwachung stößt die DUH immer häufiger auf Werbeaussagen, die Klimaschutz verheißen. Sie ist der Frage nachgegangen, ob tatsächlich Klimagase eingespart werden.

Ist Ihnen schon ein „klimaneutrales“ Motoröl aufgefallen? Oder im Drogeriemarkt ein „klimapositives“ Shampoo? Und konnten Sie nachvollziehen, wie das Produkt Klimaschäden ausgleicht? Vermutlich hat der Anbieter eher wenig Transparentes geliefert.

Wir haben Werbeaussagen rund um Klimaneutralität untersucht: In vielen Fällen verschweigen die Unternehmen entweder ganz oder teilweise, wie sie die CO₂-Kompensation erbringen oder sie verweisen auf Kompensationsprojekte, an die meist nur ein niedriger Geldbetrag fließt. Überprüfbare Informationen zu Zahlungen, Projekten und Klimawirkung bieten sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern hingegen nicht an. So kaschieren Handel und Industrie die tatsächlichen Klimabelastungen ihrer Produkte oder Dienstleistungen und preisen sie gleichzeitig als grün an.

Die Absurdität vermeintlicher Klimaneutralität wird am Phänomen der ‚Über-

kompensation‘ deutlich, also wenn mehr Zertifikate gekauft werden, als CO₂ ausgestoßen wird: Je mehr angeblich ‚überkompensierte‘ Flugreisen stattfinden, umso besser müsste es in dieser Logik fürs Klima sein. Natürlich ist das Gegenteil der Fall.



Innen sind Dienstleistungen oder Produkte aufgefallen, die als „klimaneutral“ oder als „klimapositiv“ beworben werden. Aber der positive Klimaeffekt ist nicht erklärt? Vielleicht handelt es sich um Greenwashing!

Schreiben Sie uns:

info@duh.de

DUH will Werbelügen stoppen

„Wenn das als klimaneutral beworbene Produkt kaum CO₂-Emissionen einspart, werden die Kunden in die Irre geführt. Das ist schlicht Verbrauchertäuschung“, erklärt Agnes Sauter, die bei der DUH den Bereich Ökologische Marktüberwachung leitet. Das Team um Sauter geht juristisch gegen solche irreführenden Werbeversprechen vor. Im Mai hat die DUH rechtliche Verfahren gegen acht Unternehmen verschiedener Branchen eingeleitet: Beiersdorf AG, BP Europa SE, dm-drogerie markt GmbH + Co. KG, Green Airlines GmbH, The Mother Nature GmbH, Dirk Rossmann GmbH, Shell Deutschland GmbH sowie die TotalEnergies Wärme & Kraftstoff Deutschland GmbH.

Sauter bittet auch die DUHwelt-Leserschaft um Mitwirkung: „Schreiben Sie uns Beispiele für Fake-Klimaschutz! Als Umwelt- und Verbraucherverband werden wir das prüfen und gegen Täuschung vorgehen.“ (jk) ■

Anzeige

BIO
Natürlich
Gesund
Leben

TESTEN SIE BIO, IHR MAGAZIN FÜR GANZHEITLICHES WOHLBEFINDEN

50% RABATT
auf ein BIO-Probeabo
mit dem Code:
DUH50

Proteine
Emotionales
Familienerbe
Balance
finden
Amen



3 Ausgaben frei Haus
für nur **8,26** statt **17,70** Euro
im Einzelheftverkauf.
Mit dem Code **DUH50**

**Bestellen Sie jetzt das günstige Probeabo von
BIO – natürlich gesund leben: biomagazin.de/abo**
Per E-Mail: vertrieb@biomagazin.de | Per Telefon: +49 (0)8105/388 563

Plastiktütenverbot

Dreist eingetütet

In manchen Supermarktketten und Drogerien gibt es trotz Verbot noch immer Plastiktüten mit Einwegcharakter. Wie kann das sein? Die Deutsche Umwelthilfe hat recherchiert.

„Endlich haben wir in Deutschland ein „E Plastiktüten-Verbot“, sagt Laura Geßner, Expertin für Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe. „Dafür hatten wir jahrelang gekämpft. Denn Einweg-Plastiktüten stehen wie kaum ein anderes Produkt für sinnlose Ressourcenverschwendung und Umweltverschmutzung.“

Die Plastik-Lobby nutzt einen plumpen Trick

Geßner fiel jedoch sofort auf, dass das seit Jahresbeginn gültige Verbot nicht überall wirkt. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher wollten von der Referentin wissen, warum der Handel noch immer solche Plastiktragetaschen in Umlauf bringt.

Den leicht durchschaubaren Trick, mit dem das Verbot umgangen wird, erklärt Geßner so: „Das Verbot betrifft Plastiktüten mit einer Wandstärke von 15 bis unter 50 Mikrometer. Viele große Händler bieten nun Tüten an, deren Wandstärke minimal darüber liegt.“ Zum Tüten-Geschehen hat die



Deutsche Umwelthilfe 13 Supermarkt- und Drogerieketten befragt. Ergebnis: Genau die Hälfte der antwortenden Händler bietet weiterhin Plastiktüten mit Einwegcharakter an. Bei den Tütensündern gibt es die neuen Plastiktüten meist mit einer Wandstärke von 55 oder 60 Mikrometern. „Der Drogeriemarkt Müller setzt dem Ganzen die Krone auf: Mit 50 Mikrometern sind seine Tüten genau einen Mikrometer dicker als die verbotene Wandstärke. Das sind 0,001 Millimeter.“ Obwohl die Tüten somit aus dem Geltungsbereich des Verbotes fallen, behalten sie ihren Einwegcharakter. „Besonders dreist sind Werbeaussagen, die solche Kunststofftüten trotz erwartbar kurzer Nutzungsdauer als Mehrweg-Produkte bezeichnen. Beispielsweise Norma, Rossmann und Edeka versuchen, ihre unökologischen Tüten so schönzureden.“ Die Handelskette Real habe auf Fragen der Deutschen Umwelthilfe nicht geantwortet, berichtet Geßner.

Mehrweg ist eine alltagstaugliche Alternative

Die Referentin sieht die Verantwortung bei der Politik: „Wir fordern Bundesumweltministerin Steffi Lemke auf, die Regelung zum Plastiktütenverbot nachzubessern und nur noch solche Taschen zu erlauben, die zweifelsfrei einen Mehrwegcharakter aufweisen.“ Die Händler Kaufland, Lidl, Rewe, Penny, Aldi Nord und Süd bieten statt Einweg-Plastiktragetaschen solche an, die Kundinnen und Kunden eindeutig als Mehrweg-Alternative erkennen können.

Geßner weist auch noch auf einen häufigen Irrtum hin: „Einweg-Papiertüten sind keine umweltfreundliche Alternative. Deren Herstellung verbraucht viel Wasser, Energie und Chemikalien.“ Sie rät Verbraucherinnen und Verbrauchern, konsequent auf Mehrweg zu setzen und die Tüten so oft wie möglich wiederzuverwenden. Eine robuste Mehrwegtragetasche verträgt hunderte Einsätze und hilft somit, ebenso viele Einwegtüten einzusparen. (spr, jk)

Unternehmen	Angebot von Einkaufs-Plastiktüten mit Einwegcharakter	Wandstärke
Müller	Ja	50 µm
Edeka	Ja	55 µm
Netto Marken-Discount	Ja	55 µm
Norma	Ja	55 µm
Rossmann	Ja	55 µm
Netto Nord	Ja	60 µm
Real	Angaben verweigert	Angaben verweigert
Aldi Nord	Nein	
Aldi Süd	Nein	
Kaufland	Nein	
Lidl	Nein	
Penny	Nein	
Rewe	Nein	

Einige Supermärkte und Drogerien umgehen das deutsche Plastiktütenverbot.



Laura Geßner, Referentin für Kreislaufwirtschaft



Kreislaufwirtschaft

Schmales Zeitfenster für die Bauwende

Materialien für Neubauten verursachen rund acht Prozent der Treibhausgas-Emissionen Deutschlands. Betrachtet man den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes, darf spätestens ab 2025 nur noch netto-treibhausgasneutral gebaut oder saniert werden, damit die Klimaziele erreichbar bleiben. Welchen Beitrag kann die Kreislaufwirtschaft leisten?

Schon heute ist die Nachfrage nach Baustoffen wie Kies, Holz und Zement riesig. Seit 1970 hat sich der Bedarf verdreifacht; der Löwenanteil an mineralischen Rohstoffen fließt in den Bau. Wenn laut Bundesregierung nun pro Jahr neue 400.000 Wohnungen entstehen sollen, treibt das den Materialbedarf weiter in die Höhe. Betrachtet man ein typisches Neubauprojekt, so machen die verbauten Materialien allein die Hälfte der Treibhausgasemissionen aus.

Wertvolle Rohstoffe gehen tonnenweise verloren

Mehr als die Hälfte des Abfallstroms in Deutschland entstammt dem Bausektor. Der Großteil der Abbruch- und Bauabfälle wird verbrannt, deponiert oder minderwertig verfüllt. Gleichzeitig kommen recycelte Materialien kaum zum Einsatz, beispielsweise Recycling-Beton nicht einmal mit einem Prozent.

Um nachhaltiger zu werden, braucht der Bausektor eine hochwertige stoffliche Kreislaufführung. So lange diese fehlt, wer-

den wir weitere Ressourcenknappheit, hohe Materialkosten sowie steigende Klima- und Umweltschäden erleben.

Wie wird das Bauen kreislauffähig?

Bereits in der Planung stellen die Auswahl von Bauweise und Material entscheidende Weichen. Hier sollten Bauprodukte gewählt werden, die besonders langlebig sind und im gesamten Lebenszyklus keine Schadstoffe freisetzen. Der materialspezifische und anwendungsbezogene Recycling-Anteil im Bauprodukt spielt eine große Rolle, um die sogenannten Primärressourcen zu schonen. Eine technologieoffene Herangehensweise am wachsenden Stand der Technik ist wichtig, um das Umweltschutzpotenzial stets voll auszuschöpfen.

Die Bauprodukte selbst müssen selektiv rückbau- und recyclingfähig designet, verarbeitet und verbaut werden. Nur so können Bauteile und -stoffe beim Abbruch in eine sortenrein getrennte Sammlung gelangen. Diese ist die Grundlage für eine hochwertige Weiterverarbeitung der Baustoffe. In Verbindung mit einer sogenannten Bauteil-

sichtung bei Abriss oder größerer Sanierung kann der Kreislauf geschlossen werden. In diesem Prozessschritt wird bewertet, wie Baustoffe bestmöglich stofflich genutzt und Bauteile wiederverwendet werden können.

Den Kreislauf besser regeln

Neue rechtliche Rahmenbedingungen müssen rasch für klimakonformes Bauen sorgen. Beispiele sind ein in der europäischen Bauprodukteverordnung festgeschriebener Recycling-Anteil, die konsequente Förderung der Wiederverwendung und eine bundesweit gesetzlich verankerte Bauteilsichtung. Die bereits gesetzlich vorgeschriebene Getrenntsammlungspflicht auf Baustellen muss kontrolliert und durchgesetzt werden.

Die Frage nach einer ökologischen Bauwende kommt im politischen Diskurs mehr und mehr an. Wir mischen uns mit wissenschaftlich fundierten Argumenten ein und erarbeiten Handlungsempfehlungen für die Politik, private Bauherren und die öffentliche Beschaffung. (vm, jk)



Fläche für den Jaguar statt billigen Konsum

Der Lebensraum des Jaguars wird vor allem durch die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen für den Sojaanbau oder Rinderweiden immer weiter zerstört. Mit der Unterstützung unserer Jaguar-Patinnen und -Paten setzen wir uns für eine starke Gesetzgebung gegen Entwaldung ein.



» Wir kämpfen für eine Agrarwende in unserem Land, denn Massentierhaltung und Billigfleisch sind auch Zündstoff für die Brände in den Regenwäldern Südamerikas.«

Tina Lutz, *Campaignerin Naturschutz und Biologische Vielfalt*
jaguar@duh.de

Sojafuttermittel für die Massentierhaltung, Leder für Autositze oder Rindfleischprodukte wie Beef Jerky-Trockenfleisch – viele Waren aus Südamerika kommen auch nach Deutschland. Wir machen auf allen Ebenen Druck, damit die Zerstörung der südamerikanischen Natur für unseren Konsum endlich aufhört.

In der Politik

Derzeit wird auf EU-Ebene eine Verordnung gegen importierte Entwaldung erarbeitet. Das Gesetz ist eine historische Chance, um die Naturzerstörung, die auch durch unseren Konsum entsteht, einzudämmen. In den letzten Monaten haben wir diesen Prozess öffentlichkeitswirksam begleitet. Wir haben mit mehreren Studien öffentlich gemacht, dass Leder und Soja aus Brasilien häufig in Zusammenhang mit

Entwaldung und Landraub stehen und haben auf Verbindungen zu deutschen Unternehmen hingewiesen. Außerdem haben wir Lobbyaktivitäten der Futtermittel- und Autoindustrie gegen die Aufnahme von Leder und Sojafutter in die EU-Verordnung aufgedeckt.

Unser Druck hat Wirkung gezeigt: Denn wir haben erreicht, dass beide Rohstoffe in den Gesetzentwurf aufgenommen wurden. Das ist ein wichtiger erster Schritt hin zu einem starken Gesetz gegen importierte Entwaldung! Jetzt kämpfen wir gegen erneute Versuche konservativer EU-Abgeordneter, die Verordnung zu schwächen und stellen sicher, dass die Bundesregierung im EU-Rat die richtigen Weichen stellt.

Gleichzeitig üben wir Druck auf Unternehmen aus, damit sie Verantwortung übernehmen und Entwaldung in ihren Lieferketten ausschließen.

So haben wir im vergangenen Jahr das Entwaldungsrisiko verschiedener Rindfleischprodukte aus deutschen Supermärkten öffentlich gemacht.

In der Wirtschaft

Mit Erfolg: Große Supermarktketten wie Lidl, Aldi und Kaufland haben Rindfleischprodukte aus Brasilien aus dem Sortiment genommen. Dank unserer Recherchen hat Kaufland außerdem erstmals Sojafutter-Leitlinien für seine tierischen Lebensmittel erarbeitet.

Das alles haben wir nur dank des Rückhalts unserer Jaguar-Patinnen und -Paten erreicht. Vielen Dank, dass Sie treu hinter uns stehen! Nun heißt es dranbleiben – für den Jaguar und viele weitere bedrohte Arten in Südamerika. (jp)



»Die Kegelrobbe stand in Deutschland kurz vor dem Aussterben. Wir verteidigen ihre sensiblen Lebensräume gegen die Interessen der fossilen Konzerne und der Industriefischer.«

Katrin Schikorr, Fachreferentin Naturschutz und Biologische Vielfalt
kegelrobbe@duh.de



Kegelrobben-Schutz: Dialog wo möglich, Konfrontation wo nötig

Auf Helgoland und Amrum in der Nordsee, aber auch in der Ostsee und entlang der Oder – die Kegelrobbe kehrt seit einigen Jahren zurück nach Deutschland. Doch die Population erholt sich nur langsam und der Schutz dieses besonderen Beutegreifers ist gerade jetzt relevanter denn je.

Durch den Ukraine-Krieg drohen der geschützten Robbe neue Gefahren. Die Erdgas- und Ölkonzerne wittern ihre Chance, auch in den geschützten Lebensräumen der Kegelrobbe weitere Bohrplattformen oder andere Infrastruktur auszubauen. Das werden wir nicht zulassen! Mit unseren engagierten Kegelrobben-Patinnen und -Paten kämpfen wir dafür, dass Naturschutzziele nicht übergangen werden.

Neue Gefahren im Wattenmeer

So plant der Öl- und Gaskonzern Wintershall Dea neue Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer und bekommt dafür sogar Zuspruch vom Bundesland Schleswig-Holstein. Das wäre ein katastrophaler Eingriff in den Lebensraum der Kegelrobbe und vieler weiterer Meeresbewohner. Dank der treuen Unterstützung unserer Patinnen und

Paten konnten wir darauf schnell reagieren: Wir kämpfen mit einer Petition dafür, dass der Konzern den Antrag auf Ausbau der Förderung zurückzieht. Zudem prüfen wir rechtliche Schritte, um den Betrieb der Ölbohrinsel Mittelplate, die ebenfalls im Nationalpark liegt, endgültig zu beenden.

Dialoge mit Stakeholdern

Dort, wo es möglich ist, treten wir mit wichtigen Interessensgruppen in Kontakt, um gemeinsam Pläne zu erarbeiten, wie der Schutz unserer Kegelrobbe und die Fischerei miteinander in Einklang gebracht werden können. In den Dialogen zur Ostseefischerei konnten wir in den vergangenen Monaten wichtige Akteure und Akteurinnen an einen Tisch bringen, um Lösungsvorschläge für eine nachhaltige Ostseefischerei zu erarbeiten. Die deutsch-polnische

Konferenz „Marine conservation without borders“ – Meeresschutz ohne Grenzen – war außerdem ein wichtiger Meilenstein für eine länderübergreifende Zusammenarbeit zu diesen Themen.

Nicht nur in diesen Dialogen setzen wir uns für umweltschonende Fangmethoden ein: In Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg sind wir im Rahmen unseres Projekts „Meer Fische für den Klimaschutz“ ganz konkret an der Entwicklung und Erprobung neuer selektiver Fanggeräte beteiligt – damit unsere Meere und deren Bewohner wie die Kegelrobbe endlich geschützt werden.

Unser Dank gilt unseren Kegelrobben-Patinnen und -Paten, die uns in all diesen Aktivitäten den Rücken stärken. Wir werden weiterhin unser Bestes geben, damit die Kegelrobbe in Deutschlands Gewässern heimisch bleibt. (jp)

Lebensmittelbranche erkennt die Zeichen der Zeit

Die Erkenntnis, dass der Verlust Biologischer Vielfalt neben dem Klimawandel das bestimmende Thema der Gegenwart ist, setzt sich durch – auch im Lebensmittelsektor. Um Kräfte gegen das Artensterben zu bündeln, haben der GNF, die Bodensee-Stiftung und weitere Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft den Verein „Food for Biodiversity“ gegründet. Dessen Mitglieder verpflichten sich dazu, Biodiversität auf vielfältige Weise zu schützen.



Die Zahl ist fatal und beängstigend: Dem Bericht des Weltbiodiversitätsrats

von 2019 zufolge sind weltweit rund eine Million Arten vom Aussterben bedroht. Auch in Deutschland ist der Trend negativ. Der Verlust der Biologischen Vielfalt gehört neben dem Klimawandel zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Mittlerweile hat die Arbeit des Vereins Food for Biodiversity mächtig Fahrt aufgenommen und konnte einige wichtige Repräsentanten der Lebensmittelbranche davon überzeugen, sich für den Erhalt der Biodiversität einzusetzen.

Ein breites Bündnis für Biologische Vielfalt

„Selbstverständlich hat der Lebensmittelsektor nichts Böses im Sinn – niemand dort will unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstören“, sagt GNF-Projektmanager Ralph Dejas, der Food for Biodiversity koordiniert. „Aber Profitabilitätsdruck und fehlendes Wissen haben dennoch vielerorts dazu geführt, dass leider genau das passiert. Wir freuen uns deshalb sehr, mit unserer Vereinsarbeit positive Beispiele präsentieren und große Unternehmen der Branche dabei unterstützen zu können, nachhaltig für den Schutz Biologischer Vielfalt zu wirtschaften.“

25 Unternehmen, Verbände und Standardorganisationen sowie Umweltorganisationen und ein Forschungsinstitut tragen aktuell gemeinsam dazu bei, den Verlust von Arten und Lebensräumen zu stoppen. Alle im Verein organisierten Unternehmen verpflichten sich, biodiversitätsfördernde Maßnahmen zu unterstützen. Dazu gehört die Einhaltung von Kriterien zum Erhalt von Biologischer Vielfalt in allen Gliedern der Lieferkette: Von der Produktion auf dem Acker über die dem Einkauf zugrundeliegenden Standard-Vorgaben bis zum „Point of Sale“ im Markt profitieren Unternehmen im Verein von der Expertise und dem regen Austausch der Mitglieder.

Landwirtschaftliche Betriebe unterstützt der Verein mit seinem Basis-Set Biodiversitätskriterien: das sind konkrete, gut umsetzbare Bei-



Ein Wandel setzt ein: In manchen Obstanlagen versorgen heute spezielle Einsaaten die Insektenwelt mit Blütennahrung, wo man früher kein „Unkraut“ duldete.



spiele, die den Weg zu einem naturschutzgerechteren Anbau weisen. Der Verein sorgt außerdem mithilfe eines neu entwickelten Monitoringsystems dafür, dass der Erfolg der umgesetzten Maßnahmen sichtbar und messbar wird. Er organisiert Fortbildungen zur Biodiversität für Mitarbeitende, Landwirtinnen und Verbraucher, die den Wert Biologischer Vielfalt für die Lebensmittelproduktion vermitteln. Food for Biodiversity will sich in Zukunft auch auf politischer Ebene für bessere Rahmenbedingungen einsetzen, um den fatalen Verlust der Artenvielfalt aufzuhalten. (vk)

Informationen: www.globalnature.org/de/verein-food-for-biodiversity



Nationalpark

Wo Mensch und Wildnis sich begegnen

20% Rabatt mit
dem Code **DUH20**

Lust auf Natur und Wildnis?

Die unabhängige Zeitschrift **Nationalpark** führt Sie vierteljährlich in Nationalparke, Naturschutz- und Wildnisgebiete in Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt. Lesen Sie spannende Reisereportagen und sorgfältig recherchierte Hintergrundberichte, freuen Sie sich auf Tipps für eigene Reisen und einzigartige Naturbilder und Tieraufnahmen. Auch Themen wie Natur- und Umweltschutz kommen nicht zu kurz.

Die Zeitschrift für alle, die gern in der Natur unterwegs sind und sich für Wildnisthemen, Nationalparke, Tiere und Reisen interessieren.



Fordern Sie jetzt Ihr **vergünstigtes Probeabo** an.

Zwei Ausgaben für **nur 7,20 Euro (inkl. Versand)** statt 9,- Euro
Bestellung an abo@oekom.de, +49(0)89/544184-225 oder unter:

www.nationalparkzeitschrift.de



Gewässerschutz

Flacher See mit großer Vielfalt

Der Dümmer beeindruckt mit einzigartiger Naturvielfalt. Vielfältig sind auch die Bemühungen der Menschen an seinen Ufern, das blaue Juwel zu bewahren. Herausforderungen gibt es genug. Der GNF und das Netzwerk Lebendige Seen Deutschland haben den Dümmer als Beispiel engagierten Naturschutzes für ein intaktes Gewässer mit dem Titel „Lebendiger See des Jahres 2022“ ausgezeichnet.



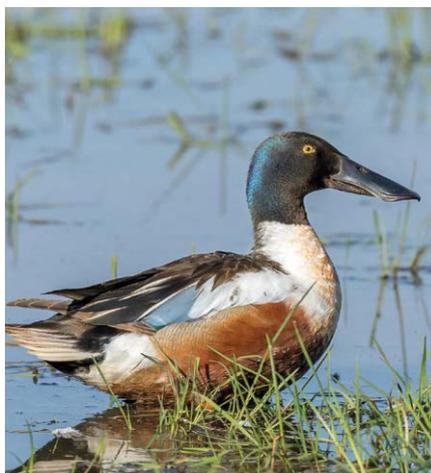
Nach dem Steinhuder Meer ist der Dümmer mit einer Wasserfläche von etwa 1.300

Hektar der zweitgrößte See des Bundeslandes Niedersachsen. Das wertvolle Ökosystem, zu dem auch angrenzende Feuchtgrünlandflächen gehören, erstreckt sich über rund 4.760 Hektar. Der vor rund 11.000 Jahren während der letzten Eiszeit entstandene See ist im Durchschnitt nur 1,10 Meter tief und an keiner Stelle tiefer als 1,40 Meter – vielleicht gerade deshalb ein Hotspot der Artenvielfalt, insbesondere für seltene Vögel. Er zählt zu den fünf niedersächsischen Feuchtgebieten von internationaler Bedeutung, die nach der Ramsar-Konvention geschützt werden, und gehört zum europäischen Schutzgebietsystem NATURA 2000.

Ein natürliches Netzwerk

„Der Dümmer zeigt beispielhaft, dass die Natur faszinierende Netzwerke bildet“, erklärt Bettina Schmidt, GNF-Projektmanagerin. „Deshalb gilt unsere Auszeichnung als ‚Lebendiger See des Jahres‘ dem See, aber auch seiner einzigartigen Vernet-

zung mit anderen Ökosystemen, etwa den weiträumigen Feucht- und Nasswiesen in seiner Umgebung. Diese kleinräumige Vernetzung ist der Grund, weshalb besonders viele – teilweise äußerst bedrohte – Vogelarten im Gebiet am und um den Dümmer leben, darunter Knäk- und Löffelente oder Blaukehlchen.“ Das Feuchtgrünland



Mit ihrem wuchtigen Schnabel filtert die Löffelente Nahrung aus dem See. An einzelnen Sommertagen wurden bis zu 7.000 Exemplare auf dem Dümmer gezählt.

zieht wiederum Wiesenvögel wie Bekassine, Uferschnepfe, Kiebitz, Rotschenkel und den großen Brachvogel an. Sogar das sehr seltene Tüpfelsumpfhuhn wird bisweilen gesichtet. Die Teichrosenfelder auf dem See bieten der größten niedersächsischen Kolonie von Trauerseeschwalben einen Brutplatz. Und über dem Gewässer ziehen Fisch- und Seeadler ihre Kreise und profitieren vom reichhaltigen Nahrungsangebot im See.

Damit der See auch morgen noch „lebendig“ ist

Die Ökologische Station Naturschutzring Dümmer e.V. kümmert sich als Teil des vom GNF koordinierten Netzwerks „Lebendige Seen Deutschland“ darum, das artenreiche Feuchtgebiet in enger Zusammenarbeit mit weiteren Verbänden, Institutionen und Naturschutzverwaltungen sowie den Menschen vor Ort zu bewahren. Der Dümmer steht vor großen Herausforderungen: So üben im Sommer viele Tausend Tagestouristen einen massiven Nutzungsdruck auf den See aus. Aus dem Einzugsgebiet der Hunte als Hauptzufluss des Dümmer kommt ein zu

hoher Nährstoffeintrag. Da der Wasserstand im Sommer entgegen dem natürlichen Verlauf hochgehalten wird, fehlt dem Röhricht im Uferbereich die Möglichkeit zur Regeneration.

Zu den ergriffenen Maßnahmen zählen unter anderem umfangreiche Bestandserfassungen von Wasser-, Wat- und Röhrichtvögeln. Schilfröhricht gehört in vielen Seenregionen Deutschlands zu den gefährdeten Lebensräumen. Aus den Erfahrungen mehrerer Pilotprojekte setzt der Naturschutzring Dümmer e.V. zu dessen



Im Winter bieten die dichten Röhrichtflächen des Dümmer der Bartmeise eine Heimat.

Schutz auf eine gezielte Kombination aus Palisaden- und Zaunbau, um einerseits die Erosion durch Wellenschlag zu verringern und andererseits vor dem vorhandenen Schilf beruhigte Bereiche zu schaffen, in denen sich die Pflanzen wieder ausbreiten können. Freiwillige Helferinnen und Helfer pflegen das Netz von Kleingewässern im Umland des Sees. So können Wasser- und Watvögel, Amphibien, Fische und seltene Pflanzen gedeihen.

Die Ökologische Station „Naturschutzring Dümmer e.V.“ macht sich auch dafür stark, Hochmoore im Umfeld des Sees zu renaturieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit sind zudem die Öffentlichkeitsarbeit und der Kontakt mit den Besucherinnen und Besuchern am Dümmer: Touren auf dem See, durch die Feuchtwiesen und in die Hochmoore der Umgebung machen Spaß, vermitteln aber auch das Wissen, das zur Erhaltung des „Lebendigen Sees des Jahres“ notwendig ist. (vk)

Partner:



Förderer:



Der Dümmer ist ein beliebtes Naherholungsgebiet, mittlerweile gibt es viele Angebote für nachhaltigen Naturtourismus am See.

Fotos: Dieter Tornow u), Bernhard Volmer (o)

Anzeige

KRIEGSERKLÄRUNG

Wir stellen uns den unangenehmen Fragen: **Wie funktioniert ein Atomkrieg genau? Warum redet niemand über die ökologischen Kriegsverbrechen? Warum werden Vergewaltigungen als Kriegsstrategie eingesetzt? Wie hat der Krieg das politische Gespräch in Deutschland verändert?**
 Mit Erklärungen von Jörg Baberowski, Florence Gaub, Robin Hinsch, Markus Lanz, Andreas Lutsch, Regina Mühlhäuser, Harald Welzer – und Beiträgen von Franziska Brantner | Dana Giesecke | Wolf Lotter und Hedwig Richter.

Vier Ausgaben für 34 Euro:

tazfuturzwei.de/abo
futurzwei.abo@taz.de
 T (030) 25 902 200



FUTURZWEI-Abo-Prämie

Limitierter Siebdruck auf Bio-Baumwollrucksack gestaltet von Donata Kindesperk für taz FUTURZWEI

taz FUTURZWEI
 Magazin für Zukunft und Politik





Die Altmühl wurde von der DUH im Projekt „Befreite Flüsse“ ausgezeichnet

Naturschutz

Feucht und wild in die Zukunft

Zwei Drittel der einstigen Flussauen haben wir mit Deichen und Mauern vom Fluss getrennt. Der klägliche Rest ist bebaut, beackert und entwässert, nur noch ein winziger Teil der Auen gilt als naturnah. Wie können wir diesen Hotspots der heimischen Artenvielfalt wieder Leben einhauchen?

Das Auenland ist seit alters her Sinnbild für Fruchtbarkeit und Fülle. Intakte, lebendige Auen sind dennoch aus unserer Landschaft nahezu vollständig verschwunden. Auch weltweit schwinden Feuchtgebiete dreimal schneller als der Wald. Trotzdem ist dieser dramatische Verlust bisher kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Dabei gilt die wilde, feuchte Welt vor unserer Haustür mit Recht als heimisches Pendant zum tropischen Regenwald: Im grünen Schilf fliegen bunt schillernde Libellen dem Biber um die Nase, im Dickicht der Flussschlingen zieht der Fischotter zum Balzkoncert blauer Moorfrösche seine Jungen groß, auf alten Eichen bauen Schwarzstörche ihre Nester und auf den Kiesbänken am Fluss brüten Flussregenpfeifer im blanken Schotter. Flüsse und Auen sind Heimat für zwei Drittel aller mitteleuropäischen Arten.

Dynamik schafft Vielfalt

Diese Vielfalt wird aus den Extremen geboren. Im Zusammenspiel von Wasser und Land erfindet sich ein gesunder Fluss täglich neu. Mal überschwemmt er die Aue, unterspült Baumwurzeln und gräbt neue Kanten ins Ufer. Dann lässt er im niedrigen Wasser die Kiesbänke sehen, trocknet die schlammigen Ufer in der Sonne und verwischt seine feuchten Spuren auf den Wiesen. Wer hier Wurzeln schlagen möchte, ist gutmütig wie die Auwald-Gehölze, die eine Saison auf dem Trockenen genauso überdauern wie wochenlange Fußbäder. Oder abenteuerlustig wie Pionierpflanzen, die Sand- und Kiesbänke besiedeln, bis das nächste Hochwasser ihren Samen ein neues Bett bereitet. Dieses Werden und Vergehen ist elementar im Ökosystem Fluss. Erst die Dynamik hält die lebenswichtigen Prozesse

in Gang, etwa den Sauerstoffaustausch mit dem Grundwasser am kiesigen Flussgrund, der sich ohne den reinigenden Düseneffekt starker Strömungen zusetzt. Dann können auch Forellen und Lachse ihre Eier nicht mehr im lockeren Kies vergraben. Wenn die frischen Abbruchkanten ausbleiben, fehlt der Eisvogel, der hier seine Bruthöhlen gräbt.

Ein System aus Deichen, Gräben und Drainagen, das in den einstigen Auen- und Moorlandschaften heute intensiven Landbau möglich macht, ist für den Verlust geschützter Feuchtlebensräume und artenreicher Wiesen verantwortlich. Dafür muss sich Deutschland nicht nur vor der Europäischen Union verantworten, das hat auch Folgen für die verheerende Klimabilanz der Landwirtschaft: Auwälder, feuchte Wiesen und nasse Niedermoorböden speichern große Mengen Kohlenstoff, die bei Trockenlegung

und intensiver Nutzung an die Atmosphäre abgegeben werden. Die ganze Problematik der Auenentwässerung zeigt sich aber wohl am verstörendsten, wenn bei Hochwasser manche Dörfer schon überschwemmt sind, während Felder in den Einzugsgebieten, aus denen das Wasser zusammenströmt, noch trocken hinter den Deichen liegen.

Die Landschaft als Schwamm

Was also braucht es, damit das Auenland nicht zur Legende wird? Im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe in der Eifel wurde immerhin randständig berichtet, dass viel zu oft Baugenehmigungen in der Aue erteilt werden. Den Flüssen mehr Raum geben – dieser geflügelte Satz muss endlich in der Raum- und Bauleitplanung ankommen. Das bringen wir hartnäckig ein und pochen auf Anpassung statt Wiederaufbau. Auch die Schwammwirkung der Landschaft setzen wir auf die Agenda. In einem vom Hochwasser stark betroffenen Bachtal in der Eifel dokumentierten Studie unter Anleitung des Greifswalder Moorzentrums und der Stiftung Wetland Products für uns die Erosions- und Abflussprozesse. Die Schadkartierung zeigt tiefe Erosionsrinnen im Fichtenforst und auf Ackerschlägen, wohingegen naturnahe

Bereiche den Abfluss bremsen und Erosion verhindern konnten. Solche Erkenntnisse müssen Eingang in Konzepte für die Starkregen-Vorsorge finden. Artenreiche Quell- und Durchströmungsmoore, Mischwälder mit Krautschicht, Wiesen und naturnahe Bachläufe würden nicht nur das Wasser auf seinem Weg ins Tal aufhalten. Sie würden ganz nebenbei auch die Artenvielfalt, das Landschaftsbild und die Speicherung von Wasser für Dürreperioden verbessern.

Systemisch denken, kooperativ handeln

Die vielseitigen Effekte machen natürliche Lösungen zu einem wichtigen Rundum-Paket. Doch der sektorale Blick auf die Flusslandschaft erschwert systemische Ansätze: Land- und Forstwirtschaft messen die Produktivität der Flächen anders als der Naturschutz, die Wasserwirtschaft berechnet den Hochwasserrückhalt im gesteuerten Polder mit dem gleichen Modell wie im Auwald – ohne Bonus für dessen Artenvielfalt. Hier ist Umdenken gefragt, denn von intakten Auen profitieren alle. Dafür braucht es in den jeweiligen Politikfeldern Strategien, die anschlussfähig für die Ziele der anderen Sektoren sind. Modellprojekte wie unsere Thüringer Auenweiden sind wichtige Wegbereiter.

(Fortsetzung S. 36)

Foto: Meike Metz/DUH



Wasserbüffel genießen das kühle Nass auf der Auenweide in Ostthüringen.

**Lesestoff für Sie aufgestöbert:
Wenden Sie sich bitte an Ihre örtliche
Buchhandlung.**



So geht Klimaschutz

50 Tipps wie Sie einsteigen, mitmachen und helfen können

Gerd Pfitzenmaier
Ellert & Richter Verlag, 2022,
224 Seiten

Klimaschutz ist überlebenswichtig – für Menschen, Tiere und Pflanzen. Und Jede und Jeder kann mit-helfen, ohne großen Aufwand mit den Tipps des Ratgebers. Argumente für die Klimaschutzdebatte und ein Stichwortverzeichnis runden das Buch ab.

ISBN: 978-3-8319-0799-1

18,00 Euro

Bachgeflüster

Die geheime Welt unserer Bäche und Flüsse

Ulrike Fokken

Quadriga Verlag 2022,
Hardcover, 240 Seiten



Die Journalistin und Autorin Ulrike Fokken erzählt von Grasfrosch und Azurjungfer, von Schwarzerle und Silberweide, aber auch vom Bauen und Wirtschaften an ausgewählten Bächen und Flüssen. Und sie teilt ihr Staunen über Modellprojekte, die nasse Ökosysteme wieder stärken.

ISBN: 978-3-86995-110-2

24,00 Euro

Trag den Wunsch nach Tempo 30 auf die Straße!

Der schöne unisex Bio-Hoodie von Stanley und Stella besteht aus 85 % Bio-Baumwolle und 15 % Polyester (aus recycelten Rohstoffen). Erhältliche Größen: XS bis XXL, Farben: weiß, schwarz, navy, burgunderrot

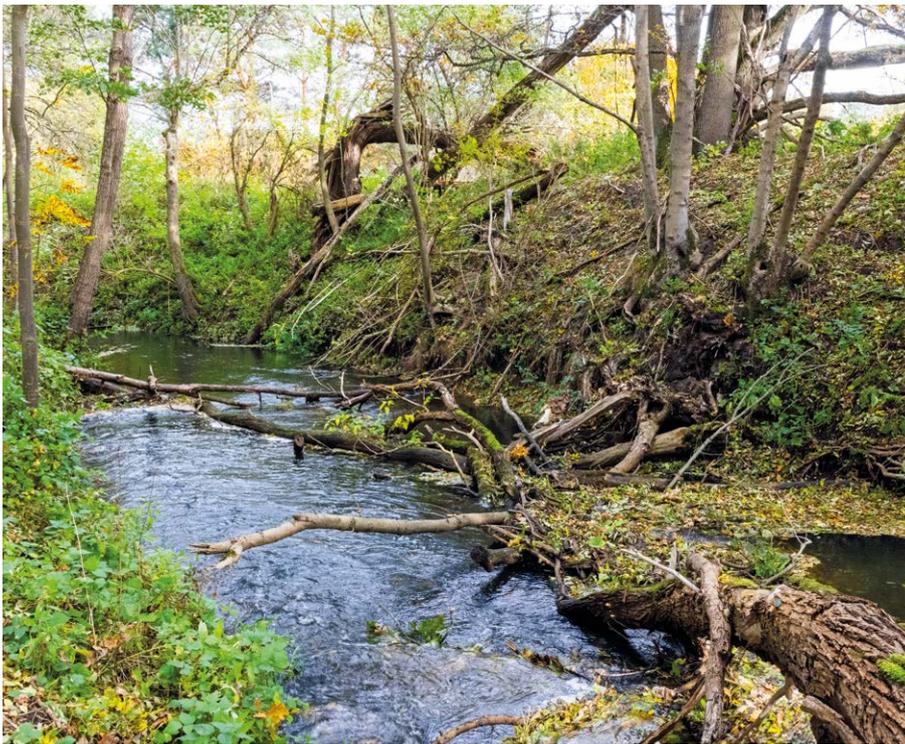
52,99 Euro, versandkostenfrei



Den Hoodie und viele andere Artikel passend zur DUH-Aktion „Tempo 30 selber machen“ gibt es hier:



www.fuerimmerunter30.de



Auch die Dahme in Brandenburg wurde ausgezeichnet - hier wird Dynamik zugelassen.



Mehr Informationen unter:

www.auenweiden.de

www.duh.de/befreite-fluesse

gibt es keine Probleme mit Nässe und Treibgut, auch werden Insekten und Reptilien geschont. Halbwilde Herden aus Rindern, Pferden und Wasserbüffeln schaffen zudem durch ihr selektives Fressverhalten, durch Suhlen, Triftpfade und Dunghaufen ein Mosaik aus Kleinstbiotopen, in denen Dungkäfer, Zikaden und Wildbienen Nahrung, Deckung und Überwinterungsmöglichkeiten finden. Auch der Tisch für insekten- und samenfressende Vogelarten ist reich gedeckt. Das macht solche Weiden zu beliebten Freizeitlandschaften, denn hier gibt es das ganze Jahr über viel zu entdecken.

Auf ins Auenland

Wenn es uns gelingt, das Auenland Stück für Stück an jeden Bach und jeden Fluss zurückzuholen, würden Erlebnisräume in triste Stadtteile einziehen und Naturtourismus-Potenziale in ausgeräumte Landschaften zurückkehren. Wir würden unsere artenreichsten Ökosysteme gegen Klimastress wappnen und den Tieren in einem Netz aus blauen Wasserläufen und grünen Auenbändern klimabedingte Wanderungen erleichtern. Und ganz nebenbei würden wir auch noch Kohlenstoff speichern, Trinkwasser gewinnen und den Hochwasserschutz verbessern. Im Netzwerk der Lebendigen Flüsse haben wir gefragt, wer sich bereits auf den Weg gemacht hat und mithilfe einer Jury fünf „Befreite Flüsse“ ausgezeichnet. Die Vor-Ort-Termine haben uns Mut gemacht: Das Auenland kommt wieder, wenn engagierte Kräfte sich dafür einsetzen. (sas) ■

Förderer:



Mit einer Förderung des Freistaates und der Europäischen Union und in Kooperation mit lokalen Partnern entstehen extensive Ganzjahresweiden in Auenlandschaften, die sich künftig wieder naturnah entwickeln dürfen. An der Weißen Elster wird ein Deich geschlitzt, um den kleinen Ort am gegenüberliegenden Ufer besser zu schützen. Wo künftig häufiger das Wasser in die Aue strömt, stand 2021 noch Mais auf dem Acker. Seit Anfang März grasen dort Robustrinder, und als hätte er etwas geahnt, ist auch der Biber kürzlich eingezogen. Diese Kooperation zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Wasserwirtschaft ist nur zustande gekommen, weil alle Beteiligten aufeinander zugegangen sind, mit dem Mut zur Pionierarbeit im Gepäck.

Acker raus aus den Auen

In den Überschwemmungsgebieten der größeren Flüsse Deutschlands werden insgesamt 200.000 Hektar Wiesen entwässert und 133.000 Hektar als Acker bewirtschaftet. Wenn wir die vorhandenen Auen renaturieren und die natürlichen Überschwemmungsflächen ausweiten wollen, brauchen wir Instrumente, die über Pionierprojekte hinausreichen. Das bedeutet langfristig ein klares Nein zur Entwässerung und zum



Dr. Olaf Joschus von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde erläutert bei einer Exkursion, wie sich die Dahme über die Jahre ihren eigenen Weg suchte.

Ackerbau in der Aue. Kurzfristig ist eine Offensive für den Flächenerwerb und ein umfangreiches Förderprogramm nötig, das die Umwandlung von Acker zu Dauergrünland und nässeverträgliche Bewirtschaftungsformen wie die extensive Ganzjahresstandweide unterstützt. Sie hat verglichen mit der Mahd den Vorteil, dass die Flächen nicht mit schwerem Gerät befahren werden. So

»Du musst die Leute mitnehmen«

Sie war überrascht, als der Bundesvorstand sie Anfang des Jahres in die Geschäftsführung berief. Ulrike Voß war und ist die Personalchefin der Deutschen Umwelthilfe, geändert haben sich ihre Gestaltungsspielräume.



Als Ulrike Voß vor 20 Jahren nach ihrem Studium als Praktikantin bei der DUH in Berlin anheuerte, traf sie auf zwei Kollegen. Inzwischen arbeiten über 160 Mitarbeitende bei der DUH, allein am Berliner Standort 109.

Studiert hat die Mecklenburgerin Landschaftsplanung: „Ich wollte immer bei einem Umweltverband arbeiten und etwas bewegen. Dass es bei der DUH geklappt hat, war für mich ein Sechser im Lotto.“ 2002 gab es am Berliner Standort noch keine Fachbereiche: „Das Aufgabenspektrum reichte von Naturschutzthemen wie ‚Lebendige Spree‘ bis hin zu unserer Kampagne ‚Kein Diesel ohne Filter.‘“ Nach ihren Anfangsstationen übernahm Voß die Koordination verschiedener Energie- und Klimaschutzprojekte, bevor sie dann 2016 stellvertretende Leiterin und Finanzkordinatorin im Energiebereich wurde: „In diesen Jahren habe ich sehr viel gelernt. Auch dass meine größte Stärke ist, ein Gespür dafür zu haben, was Leute gut können und damit Teamstrukturen aufzubauen und weiterzuentwickeln.“

Die Umstrukturierungen im Energiebereich waren dann auch wegweisend für andere Fachbereiche. 2018 entschied sie sich, diese Expertise als Referentin für strategische Projektentwicklung, Personal & Gremienbetreuung für die gesamte DUH einzubringen. Erfahrungen im Personalbereich hatte sie bereits parallel im Ehrenamt als Geschäftsführender Vorstand an der Freien Schule ihrer beiden Söhne gesammelt. „Da war ich für 21 Angestellte zuständig und mit verschiedensten arbeitsrechtlichen Fragen konfrontiert.“

Als die 48-Jährige im Frühjahr dann zum „Mitglied der Bundesgeschäftsführung“ berufen wurde, nahm sie nicht nur ihren bisherigen

Aufgabenbereich im Personal- und Vereinsmanagement mit, sondern vor allem ihr Herzensthema, die Projekt- und Organisationsentwicklung. Was sich für sie geändert hat als Mitglied der Geschäftsführung? „Die Flughöhe und der Gestaltungsspielraum“, sagt sie lachend. Eine wesentliche Aufgabe sieht Voß darin, die Strukturen des schnell gewachsenen Verbandes sukzessive an künftige Anforderungen anzupassen und dazu beizutragen, die DUH resilienter aufzustellen. In den herausfordernden Pandemiezeiten trug sie maßgeblich dazu bei, dass alle Standorte ihre Arbeit effizient weiterführen konnten.

„Das Besondere in der DUH ist ein hohes Maß an Flexibilität, Pragmatismus und wirklich gute Leute mit einer hohen Motivation, das ist unser größtes Kapital.“ Entscheidend ist für Voß, dieses Potenzial durch eine gute Kommunikation nach innen zu stärken. Durch ihre eigenen Erfahrungen aus der Arbeit im Energiebereich kennt sie die verschiedenen Herausforderungen in den Fachbereichen. Sie versteht sich als Beraterin, „Übersetzerin“ zwischen den verschiedenen Ebenen und Gestalterin einer sehr dynamischen Organisation.

„Es ist nicht meine Art, die Dinge übers Knie zu brechen. Du musst die Leute mitnehmen, sonst funktioniert das nicht. In einer schnell wachsenden Organisation ist das eine Herausforderung. Vor allem aber ist es ein spannender Prozess, den ich mitgestalten möchte.“

Von ihrem trubeligen Arbeitsalltag erholt sich die passionierte Wassersportlerin am liebsten beim Kajakfahren mit ihrer Familie. (ak)

»Das Besondere in der DUH ist ein hohes Maß an Flexibilität, Pragmatismus und wirklich gute Leute mit einer hohen Motivation, das ist unser größtes Kapital.«



Auen-Schenkelbiene: Gut geölt in unseren Gärten

Ihre kräftigen Schenkel stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Leidenschaft für Ölkuchen und haben sich auf ihren Namen niedergeschlagen. Die hochspezialisierte Auen-Schenkelbiene hat gute Gründe, täglich zu „backen“.

■ von Peer Cyriacks



Auf einem verlassenem Industriegelände nahe der Spree im Osten Berlins hat sich über die Jahre ungestört eine reiche Staudenflora entwickeln können. Unbeeinflusst von Menschen, die ordnen, säubern oder gar begradigen wollen, ist hier eine blütenreiche Stadtwildnis entstanden, die ein Heer von nektarhungrigen Insekten anlockt. Man sieht goldenen Rainfarn, rosafarbene Weidenröschen und knallgelben Gilbweiderich, fast frau- und mannshoch und jetzt, mitten im Sommer, in voller Blüte.

Neben Tagfaltern und Schwebfliegen schwirren hektisch dutzende, wenn nicht hunderte kleiner Insekten um die Blüten des Gilbweiderichs. Bei genauerer Betrachtung fallen einige auf, die dicke gelbe Klumpen an den Hinterbeinen tragen. Ihr Hinterleib glänzt metallisch, wie poliert. Andere Brummer haben ein winzig kleines, gelbes Gesicht. Von der Gestalt her erinnern sie an Honigbienen, sind aber viel kleiner. Und auch das Verhalten will nicht so recht passen. Denn mitten im Flug streckt nun solch ein Tier sein mit dicken gelben Klumpen bepacktes Bein steil in die Höhe. Jäh landet es inmitten von Gras und Moos am Boden, um gleich darauf in einem winzigen Loch in der Erde zu verschwinden. Nach Minuten kommt es wieder heraus, diesmal

ohne gelbe Klumpen. Dann fliegt es wieder zurück und verschwindet im unübersichtlichen Blütenmeer. Bei diesen interessanten Insekten handelt es sich um Wildbienen, genauer gesagt um die Auen-Schenkelbiene.

Die wilden Schwestern von Biene Maja sind für den Menschen völlig ungefährlich – dafür produzieren sie aber auch keinen Honig. Während die Honigbiene das einzige domestizierte Insekt ist in der Ordnung der Hautflügler, ein „Hausinsekt“, leben allein in Deutschland fast 600 ihrer wilden Verwandten, meist solitär, das heißt, sie bilden keine Völker. Ausnahmen sind zum Beispiel Hummeln. Die pelzigen Brummer zählen ebenfalls zu den Wildbienen.

Der Low-Carb-Speiseplan

Der merkwürdige Name der Auen-Schenkelbiene bringt uns auf die erste Spur. Sie lebt stets in der Nähe von Gewässern. Ob echte Fluss- oder Gartenteich, da ist sie nicht wählerisch. Umso kritischer aber ist sie bei der Auswahl ihrer Nahrung. Die Auenschenkelbiene ist eng an Gilbweiderich gebunden. Und wo kein Gilbweiderich, da keine Biene. Andersherum funktioniert es umso besser: Man kann die Biene durch das Pflanzen der hübschen Stauden gezielt anlocken, auch in den eigenen Garten. Die Besonderheit des Weiderichs: Er produziert keinen Nektar, sondern Öl. Der Energiegehalt von Öl ist

höher als der vom zuckerhaltigen Nektar. Vom Gilbweiderich gibt es verschiedene Formen, der Punkt-Gilbweiderich zum Beispiel ist in Gärten als Zierpflanze verbreitet. Dessen Öl vermengt die Biene mit Pollen zu einem „Ölkuchen“ und formt diesen mit raffiniert funktionierenden Bürsten zu den gelben Paketen, an denen man die Tiere leicht erkennt. Damit füttern sie ihre Brut. Die Bienen selbst tanken in unterschiedlichen Blüten stets auch Nektar als schnell verfügbaren Kraftstoff für ihren Flug. Die Schenkelbienen brauchen also ein vielfältiges Blütenangebot. Die Auen-Schenkelbiene war die Wildbiene des Jahres 2020. Ein noch häufigerer Gast in unseren Gärten ist die sehr ähnliche Schwesterart, die Wald-Schenkelbiene.

Ein gemachtes Nest für schmucke Verwandte

Oft legen die Weibchen ihre Erdnester in der Nähe der Nahrungspflanzen an, die vor allem auf feuchten Böden wachsen, daher ist das Tier besonders in der Nähe von Gewässern zu finden. Beim Bau der Brutröhren im Boden imprägnieren sie deren Wände mit dem Pflanzenöl, um die Larven vor Feuchtigkeit und Schimmel zu schützen. Eine weitere Wildbiene, die erwähnt werden muss, macht sich den sprichwörtlichen Fleiß der beiden Schenkelbienen zum Vorteil: Die Schmuckbiene (*Epeoloides coecutiens*), attraktiv gefärbt, legt selbst keine Brutnester an. Wie ein Kuckuck legen diese Brutschmarotzer ihre Eier in fremden Nestern anderer Arten ab. Die Schmuckbiene schmarotzt ausschließlich bei der Auen- und der Wald-Schenkelbiene. Ein beliebter Trick: Ein Viertel unserer heimischen Wildbienenarten lebt als Kuckucksbienen, oftmals mit sehr enger Bindung an bestimmte Wirtsbienen.

Auch wenn die Auen-Schenkelbiene nur mäßig häufig vorkommt, im Gegensatz zu vielen anderen ihrer wilden Verwandten ist sie nicht gefährdet. ■

Steckbrief

Auen-Schenkelbiene (*Macropis europaea*)

Verwandtschaft: Zählt zur Gattung der Schenkelbienen wegen der keulenartig verdickten Beine (Hinterschenkel und -schienen) der Männchen

Lebensraum und Verbreitung: Ist eng an den Gilbweiderich und dessen Standorte gebunden. Kommt in ganz Europa vor, vom Mittelmeer bis zum Süden Skandinaviens, vom Flachland bis auf zirka 1.000 Meter Höhe, in Gärten, Auwäldern und Mooren, in Fluss- und Bachauen, an Gewässersäumen und anderen Feuchtgebieten

Nahrung: Pollen und Öl des Gilbweiderichs, Nektarquellen: z.B. Blutweiderich, Sumpf-Storchschnabel und Sumpf-Kratzdistel

Aussehen und Bestimmung: Hinterleib glänzt wie poliert, Weibchen mit schneeweiß behaarten Hinterschienen (Bild oben), Männchen mit gelbem Gesicht

Größe: 9 bis 10 mm



Der Gilbweiderich zählt zu den Wildstauden, die auch im Garten gut gedeihen. Pollen und Öl erntet die Auen-Schenkelbiene als Nahrung für die Nachkommen.



Die Schmuckbiene, eine Kuckucksbiene, legt selbst keine Nester an, sondern schmuggelt ihre Eier in die Brutzellen ihres Wirtes.





© Dirk/stock.adobe.com

Helfen Sie mit!



Natur und Umwelt brauchen einen starken Anwalt. Wir setzen uns ein für mehr Lebensqualität – bitte unterstützen Sie uns dabei:

- intakte Ökosysteme, Artenvielfalt und Wildnis
- saubere Luft und Klimaschutz
- Müllvermeidung und Recycling
- eine bezahlbare Energie- und Verkehrswende
- verantwortlicher Konsum und ökologische Produkte
- Umweltgerechtigkeit und „Grün“ in Kommunen
- die Durchsetzung von Verbraucherrechten
- eine gesunde und ökologische Lebensweise

Machen Sie uns stark. Jetzt online Fördermitglied werden!

Vielen Dank!

[www.duh.de/
foerdermitglied](http://www.duh.de/foerdermitglied)



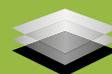
Deutsche Umwelthilfe e.V. | Fritz-Reichle-Ring 4 | 78315 Radolfzell | Tel. 07732 9995-0 | Fax 07732 9995-77 | info@duh.de | www.duh.de
Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX

www.duh.de

[@ info@duh.de](mailto:info@duh.de)



umwelthilfe



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

